Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.] **Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt".** [Telephon Nr. 419

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, **Johannisstraße 50,** und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **Mk. 1,60.** Monatlich **55 Pfg.** Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die **Anzeigengebühr** beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum **15 Pfg.,** für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur **10 Pfg.,** auswärtige Anzeigen **20 Pfg.** **Inserate** für die nächste Nummer müssen bis **9** Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 27. **Freitag, den 2. Februar 1900.** **7. Jahrgang.**

Hierzu eine Beilage.

11 Pfennige mehr!

Der neueste Schwindel, den die Zahlen-Bosco's unter den Flottenfexen zur Irreführung der Steuerzahler in die Welt setzen, ist der, daß für den Kopf der Bevölkerung durch die Flottenvermehrung „nur" eine jährliche Mehrbelastung von 50 Pfennigen herauskommt. Diese Berechnung findet sich in verschiedenen lügnerischen Flugblättern. Die Spekulation auf die Dummheit geht aber noch weiter. Ein Eisenindustriellenorgan bringt jetzt sogar die mit allem Anspruch auf Unerschütterlichkeit vorgetragene Mär, daß die jährliche Mehrbelastung pro Kopf der Bevölkerung in Folge der neuesten Flottenvermehrung nur 11 Pfennige beträgt, und die flottenbegeisterten „Lübeck. Anzeigen" drucken das Elaborat pflichtschuldigst nach. Wenn es heißt, die Masse dumm zu machen, ist diesen Leuten jedes Mittel recht.

Man weiß nicht, worüber man sich mehr wundern soll: über die haarsträubende Unkenntniß der Flottenvorlage und ihrer finanziellen Grundlagen, oder, wenn man an diese Unkenntniß nicht glauben will, weil die Flottenvorlage jetzt in amtlicher Form vorliegt, über die cynische Frechheit, mit der die thatsächlichen, amtlich zugestandenen Mehrerfordernisse weggeleugnet werden! Es tritt uns in der Herausrechnung der angeblichen 11 Pfennige eine Verlogenheit in der Täuschung der Steuerzahler entgegen, die in der Geschichte der systematischen Volksverdummung einzig dasteht.

Nach den amtlichen Angaben der Vorlage betragen die jährlichen Gesammtausgaben für die Flotte im Jahre 1900: 169 Millionen; sie werden, wenn die Flotte nach der Vorlage ausgebaut sein wird, jährlich 323 Millionen betragen. Das ist ein jährliches Mehr von 154 Millionen Mark. Rechnen wir die Verzinsung der für die Flotte kontrahirten Vermehrung der Anleihen mit jährlich 30 Millionen hinzu, so ergiebt sich ein jährliches Mehr von 184 Millionen nach Vollendung der Flotte gegen den gegenwärtigen Zustand. Nehmen wir eine Bevölkerungsziffer von sechszig Millionen an, so käme auf den Kopf der Bevölkerung nicht der erlogene Satz von 11 Pfennigen, sondern ein Mehr von 3 Mark, also ungefähr das siebenundzwanzigfache dessen, was der flottenfexerische Zahlenschwindel behauptet.

3 Mark auf den Kopf der Bevölkerung bedeutet, wie die „Volksztg." berechnet, deren Rechnung wir uns anschließen, für eine Familie von fünf Köpfen eine

Mehrbelastung von 15 Mark.

Diese jährliche Mehrbelastung trifft die Schiffsfabrikanten, Eisenindustriellen, Kommerzienräthe, Professoren und höherbesoldeten Beamten, die jetzt Himmel und Hölle in Bewegung setzen, um den deutschen Steuerzahler in den nöthigen Flottenrausch zu versetzen, nicht im mindesten. Einkommen, die nach Millionen, Hunderttausenden, Zehntausenden und selbst noch nach Tausenden zählen, werden von einer Mehrausgabe von 15 Mark nicht gedrückt. Einer einzigen Flasche Sekt im Jahre weniger den Hals gebrochen, und das Opfer ist gebracht. Aber die breite Masse der Millionen von Staatsbürgern, deren Einkommen nur nach Hunderten zählt, dergestalt, daß es noch mehr oder weniger erheblich unter 1000 Mark bleibt, sie sind nicht im Stande, diese neueste Mehrbelastung zu tragen, ohne daß diese auf ihre Lebenshaltung drückend zurückwirkt. Man vergesse nicht, daß in den letzten 20 Jahren bei jeder Steigerung der Mehrausgaben für land- oder wassermilitaristische Zwecke in mehrungsfanatischen Zeitungen und Flugblättern gesagt worden ist: es sind ja auf den Kopf der Bevölkerung „nur" 50 Pfennig oder „nur" eine Mark mehr. Wenn man aber ein halbes Dutzend Mal „nur" eine Mark mehr verlangt, so werden aus der einen Mark sechs und für fünf Personen dreißig Mark. Und so steigen denn bei den indirekten Steuern, mit denen das Deutsche Reich wirthschaftet, für die ärmeren Schichten die Mehrbelastungen am allerdrückendsten, und ein Ende ist noch immer nicht abzusehen.

Schon heute betragen nach unerbittlichen statistischen Berechnungen die indirekten Steuern für eine fünfköpfige Familie mit einem Wochenlohn von 15 Mk. oder einem Jahreseinkommen von 800 Mk. (und wieviel Millionen giebt es im Deutschen Reiche, die noch nicht 800 Mk. Einkommen haben) jährlich etwa 60 Mk.; den zwölften Theil des Jahres — vier Wochen — muß also der Arbeiter, der wöchentlich 15 Mk. verdient, arbeiten, nur um seine indirekten Steuern herauszuwirthschaften.

Eine jährliche Mehrbelastung von 15 Mark bedeutet also die Entziehung eines ganzen Wochenlohns für eine Familie, die in proletarischer Weise von der Hand in den Mund lebt! Man frage einen flottenfexerischen Kommerzienrath von 50 000 Mk. Einkommen, ob er jährlich den fünfzigsten Theil davon = 1000 Mk. für die Flottenmehrung freiwillig opfern würde; oder einen flottenbegeisterten Professor mit 10 000 Mk. Einkommen, ob er 200 Mk. jährlich freiwillig für die Flottenmehrung hingeben würde, obwohl es beiden immer noch um ein Vielfaches leichter würde, 1000 resp. 200 Mark zu entbehren, als es den in den dürftigsten Verhältnissen Vegetirenden wird, zu all dem übrigen, was sie schon an indirekten Steuern an das Reich abgeben, noch weitere 15 Mk. zu opfern!

So viel für diesmal zu dem frechen Elf Pfennig-Schwindel!

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lüb. Volksbote.")

Berlin, den 31. Januar 1900.

139. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstische: v. Podbielski.

Die zweite Berathung des Postetats wird fortgesetzt beim Titel „Unterstaatssekretär".

Stöcker (Wildkons.) bringt eine Aeußerung zur Sprache, die bei der Einweihung des neuen Reichspostgebäudes in Straßburg i. E. gefallen und als Hohn über die Ablehnung der deutschen Einheitsmarke seitens Bayerns aufgefaßt sei. Er wolle nur feststellen, daß die betreffende Aeußerung nicht von einem Postbeamten herrühre. Weiter regt Redner an, daß dafür Sorge getragen werden möchte, die Packetwagen der Post nicht am Sonntag fahren zu lassen.

Staatssekretär v. Podbielski sagt Berücksichtigung der Anregung zu, soweit das Interesse des Dienstes eine solche zulasse.

Der Titel wird darauf bewilligt.

Beim Titel „Erfindungen auf dem Gebiete des Post- und Telephonwesens" erklärt auf eine Anfrage des Abg. Müller-Sagan

Direktor im Reichspostamt Sydow, daß der Anschluß mehrerer Theilnehmer an eine gemeinschaftliche Telephonleitung in Zukunft verbilligt werden solle.

Der Titel wird bewilligt.

Beim Titel „Oberpostdirektionen" wünscht Abg. Horn (NL.) Besserstellung der Postbauinspektoren.

Unterstaatssekretär im Reichspostamt Fritsch erklärt, die Postbauinspektoren erhielten jetzt schon einen Theil der Umzugskosten ersetzt.

Der Titel wird bewilligt.

Beim Titel „Postassistenten" empfiehlt die Kommission eine Resolution, wonach die Gehälter der Post- und Telegraphenassistenten und Oberassistenten, sowie der Bureauassistenten und Kanzlisten, ferner der Postverwalter durch einen Nachtragsetat anstatt auf 1500, 1700, 1900, 2100, 2300, 2500, 2700 Mk. auf 1500, 1800, 2000, 2220 u. s. w. Mk. normirt werden sollen.

Vielhaben (Antis.): Die Reichspostverwaltung hat die etatsmäßigen, den Militäranwärtern reservirten Stellen zwar besetzt, aber den betr. Beamten nur drei Viertel des ihnen zukommenden Gehaltes bezahlt. Eine stichhaltige Begründung für ihr Vorgehen ist uns die Verwaltung schuldig geblieben. Ich sehe in dem Vorgehen eine Verletzung des Etatsrechts des hohen Hauses und beantrage daher Zurückweisung des Titels an eine Kommission. (Bravo! bei den Antis.)

Staatssekretär v. Podbielski: Von einer Etatsverletzung kann gar keine Rede sein, da schon der Rechnungshof die anderweitige Verwendung eines vom Reichstage bewilligten Titels verhindern würde. Ich bin zwar augenblicklich das Kriegskarnickel (Heiterk.); es handelt sich aber gar nicht allein um Postbeamte, sondern um Beamte aller Ressorts; die Sache muß daher allgemein entschieden werden.

v. Kardorff (Rp.) hält aus den von dem Staatssekretär angeführten Gründen den Antrag Vielhaben für überflüssig.

Dasbach (Z.) befürwortet den Antrag Vielhaben. Wenn der Reichstag zu der Ueberzeugung gelange, daß die genannten Beamten ein Recht auf die eingeklagten Beträge haben, so werde er auch ohne Gerichtsurtheil bereit sein, eine Summe zur Bezahlung dieser Ansprüche in den Etat einzustellen.

Staatssekretär v. Podbielski bestreitet dem Reichstage das Recht, auf die vom Vorredner angegebene Weise ohne Zustimmung des Bundesraths vorzugehen.

Eickhoff (FVp.) will sich dem Antrage Vielhaben nicht widersetzen und empfiehlt im Uebrigen die Annahme der oben inhaltlich angegebenen Resolution.

Graf Oriola (NL.) hält den Antrag Vielhaben für überflüssig. Von einer Verletzung des Etatsrechts könne keine Rede sein. Die Sache müsse einheitlich geregelt werden. Redner empfiehlt die Resolution zur möglichst einstimmigen Annahme.

Vielhaben verharrt auf seinem Standpunkte und empfiehlt nochmals seinen Antrag auf Zurückverweisung des Titels an die Kommission. Die Beamten kommen schließlich auf die Idee, daß aus ihnen Geld für die Flotte herausgequetscht werden soll.

Staatssekretär v. Podbielski legt gegen die letzte Behauptung Verwahrung ein.

v. Kardorff (RP.) erklärt, daß sämmtliche Mitglieder der Kommission den vom Bundesrath in dieser Frage eingenommenen Standpunkt mißbilligen. Aber eine Zurückverweisung an die Kommission sei zwecklos, da man einem Bundesrathsbeschlusse gegenüber machtlos sei.

Schmidt-Warburg (Z.) ist für Zurückverweisung an die Kommission. Wenn der Herr Staatssekretär an den Verhältnissen nicht schuld sei, so möge er dafür sorgen, daß endlich den etwa 3600 Beamten, die Jahr für Jahr warten, ihr Recht werde.

Singer (SD.): Auch wir sind für Zurückverweisung an eine Kommission, von der wir eine Resolution erwarten, in der die Regierung um Unterlassung der Prozeßführung ersucht wird. Ich bedaure es, daß die Regierung entgegen der Forderung des Reichstages alles versucht, um um die Zahlung herumzukommen. Daß der Staatssekretär des Reichspostamts daran unschuldig ist, glaube ich wohl. Das preußische Finanzministerium wird wohl im Spiele sein. Hätte sich dessen Einfluß nicht geltend gemacht, so wäre die Frage im Bundesrath gewiß anders entschieden worden. Es gereicht wahrlich nicht zum Ruhm der Reichsverwaltung, wenn eine so einfache Frage hier immer wieder verhandelt werden muß. (Sehr richtig! links.) Die Kommission muß noch einmal in eine Berathung eintreten. Wenn dann der Reichstag in einer Resolution fordert, daß den Beamten endlich Recht geschieht, so werden wir ja sehen, ob es die Regierung auf einen Konflikt ankommen läßt. (Bravo! bei den SD.)

Staatssekretär v. Podbielski: Es handelt sich hier um Ansprüche aus einem richterlichen Urtheil. Käme es auf Gelder an, die im Etat ausgeworfen sind, so wäre es natürlich anders.

Dasbach (Z): Der Bundesrath hätte mit Rücksicht auf den Reichstag längst darauf verzichten können, den Prozeß zu Ende zu führen.

Dr. Paasche (NL.): Zu einer Rückverweisung dieses Titels an die Kommission liegt kein Grund vor.

Dr. Müller-Sagan (FVp.): Ich möchte den Herrn Staatssekretär um eine einheitliche Regelung der Urlaubsverhältnisse in den verschiedenen Postbezirken bitten. — Die verspäteten Briefbestellungen würden am ehesten aufhören, wenn die Beamten vermehrt würden. Den Antrag Vielhaben bitte ich abzulehnen.

Staatssekretär v. Podbielski: Ueber den Urlaub haben die Oberpostdirektionen zu bestimmen, er soll betragen für die angestellten Beamten 14 Tage, für die Diätare 10 Tage. Die größte Schwierigkeit für die Briefbestellung liegt darin, daß das Publikum den Beamten in den Adressen Räthsel aufgiebt. Daß es mißlingen kann, die richtige Lösung zu finden, ist selbstverständlich.

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. Dasbach (Z.) und Schmidt-Warburg (Z.) schließt die Diskussion.

Der Antrag Vielhaben auf Rückverweisung des Titels „Oberpostassistenten" an die Budgetkommission wird abgelehnt.

Die Titel 22 und 23 werden bewilligt.

Ueber die Resolution der Budgetkommission wird erst in dritter Lesung abgestimmt.

Beim Titel „Telegraphengehilfinnen" regt

Dasbach (Z.) an, daß jede Telephondame angehalten wird, dem Anrufenden die von ihm gewünschte Nummer zu wiederholen.

Singer (SD.) bemängelt die unzweckmäßige Aufstellung der Fernsprechautomaten auf den Postämtern und regt an, abgeschlossene Zellen dafür einzurichten. Tagegelder von 2,25 Mk. für die Telephonistinnen seien zu gering. Er frage den Staatssekretär, ob beabsichtigt sei, die Anstellungsbedingungen für die Telephonistinnen zu verschärfen.

Staatssekretär v. Podbielski: Die Verschärfung der Anstellungsbedingungen ist nicht beabsichtigt. Die Tagegelder betragen nur in den ersten 2 Jahren 2,25 Mk. Nachher sind sie höher. Die Anregungen des Abg. Singer bezüglich der Fernsprechzellen werden wir weitererwägen.

Der Titel wird hierauf bewilligt.

Beim Titel 25 „Unterbeamte im inneren Dienst" tritt

Werner (Antis.) für Verkürzung der Arbeitszeit und Abschaffung der Gratifikationen ein.

Staatssekretär v. Podbielski: Die Abschaffung der Gratifikationen für Unterbeamte stößt auf Schwierigkeiten. Es wird alles gethan, um die Mißstände, die in Bezug auf Arbeitsräume und Arbeitszeit bestehen, zu beseitigen.

Dasbach (Z.) fordert die Reichspostverwaltung auf, für ihre Unterbeamten billige Dienstwohnungen zu beschaffen.

Staatssekretär v. Podbielski erkennt eine derartige Fürsorge als nothwendig an, hält aber die Kosten für sehr bedeutend.

Dr. Müller-Sagan: Ich habe für die Beamten der Reichspost nur möglichste Freiheit in Bezug auf die Lage ihrer Wohnung gefordert, namentlich sollte ihnen auch das Wohnen in den Vororten gestattet sein.

Der Titel wird darauf bewilligt.

Beim Titel „Stellungszulagen für Beamte und Unterbeamte" wünscht

Singer (SD.) Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses für die Unterbeamten. Sehr bedauerlich ist, daß die Vertheilung der Gehaltszulagen nicht etatsmäßig festgestellt ist. Daß die Beamten in die Vororte abgeschoben werden sollen, halte ich im Interesse Berlins nicht für richtig.

Der Titel wird bewilligt.

Es folgt der Titel „Postboten."

Singer (SD.): Die Aufbesserung der Tagegelder darf sich nicht nur auf die Beamten der großen Industriestädte beziehen, sondern muß sich auch auf die Beamten der kleineren Orte erstrecken. Da die Unterbeamten jetzt oft 10—11 Jahre auf ihre Anstellung warten müssen, wäre es wünschenswerth, die Tagegelder allen Beamten gleichmäßig zu zahlen. (Bravo links.)

Der Titel wird bewilligt.

Beim Titel Stellvertretungskosten für Beamte und Unterbeamte wünscht

Singer (SD.) Besserung der Urlaubsverhältnisse der Landbriefträger, die jetzt höchstens 4—5 Tage Urlaub erhalten.

Der Titel wird darauf bewilligt.

Beim Titel Vergütung für Umzugskosten regt Abg. Singer (SD.) an, den Unterbeamten in den großen Städten die Umzugskosten zu vergüten.

Der Titel wird bewilligt.

Beim Titel „Miethe für neu errichtete Postgebäude" beklagt sich

Eickhoff (FVp.) darüber, daß die Postverwaltung bei den Bauten neuer Postgebäude immer erst dem dringensten Bedürfniß nachkommt.

Der Titel wird bewilligt.

Ebenso debattelos der Rest des Ordinariums.

Die Weiterberathung wird darauf auf Donnerstag 12 Uhr vertagt.

Schluß 5¾ Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

„Man muß es nur gewohnt sein", meint mit richtigem Galgenhumor die „Köln. Volksztg." in Bezug auf die Flottenvorlage, und erinnert an die Aufregung, die sich seinerzeit in der Budgetkommission des Reichstages kund gab, als der Staatssekretär des Reichsmarineamtes, Herr Hollmann, mit seiner bekannten Denkschrift hervortrat. „Eben hatte der Berichterstatter Dr. Lieber seinem großen Erstaunen Ausdruck gegeben über die Höhe des neuen Etats und der damit zusammenhängenden Anleiheforderung von 57 Millionen Mark, als die metallographirte Denkschrift zur Vertheilung gelangte, die für die Etatsjahre 1898/1901 einen Kostenaufwand von 328 Millionen Mark erheischte. Damals brach man sofort die Verhandlung ab, obschon Herr Hollmann erklärte, es würde Alles „zum Teufel" gehen. Herr Hollmann ging, Herr Tirpitz kam und mit ihm ein neuer Gesetzentwurf, der Regierung und Volksvertretung gleichmäßig „band". Und heute! Nur 769 Millionen Mark soll die neue Anleihe für Schiffsbauzwecke betragen, nur einige Milliarden Mark Gesammtaufwand bis 1916 fordert die neue Marinevorlage. In dem letztgenannten Jahre soll die ordentliche jährliche Ausgabe 323 Millionen Mark betragen, ein Geringes weniger, als Staatssekretär Hollmann für vier Etatsjahre forderte, ohne damit durchzudringen. Und man erstaunt heute kaum mehr; man muß es nur gewohnt sein."

Zur Entscheidung über die lex Heinze, welche äußerst zweifelhaft ist, erfährt die „Volksztg.", daß die Regierung fest entschlossen ist, das ganze Gesetz fallen zu lassen, sobald der jetzt zur Berathung kommende Arbeitgeberparagraph, welcher die kriminelle Bestrafung von Arbeitgebern bei sittlichen Delikten gegen ihre Arbeiterinnen ausspricht, angenommen werden sollte. In der Kommission hat dieser Paragraph bekanntlich eine bedeutende Mehrheit erhalten. Die Regierung bemüht sich, auf die Konservativen einzuwirken, um diese für Streichung des Paragraphen zu gewinnen. Wie das Plenum entscheidet, ist äußerst zweifelhaft. Das Zentrum ist so in das Gesetz vernarrt, daß es entschlossen ist, auch bei Ausmerzung des Paragraphen für das Ganze zu stimmen. Man hofft auf dieser Seite, bis zur dritten Lesung ein Kompromiß abzuschließen auch bezüglich des vom Staatssekretär Nieberding als unannehmbar bezeichneten Paragraphen, welcher das Schutzalter der Mädchen in Sachen Verführung der Mädchen auf 18 Jahre festsetzt. — Nachdem es unseren Parteigenossen im Reichstage nach vieler Mühe gelungen ist, in den monströsen Gesetzentwurf den so nothwendigen Arbeitgeberparagraphen zu bringen, der die Arbeiterinnen gegen die Paschagelüste der Unternehmer schützen soll, stemmt sich die Regierung mit Macht dagegen. Hoffentlich läßt sich der Reichstag nicht einschüchtern, denn der betr. Paragraph ist das einzig Vernünftige in dem ganzen Gesetzentwurf.

Eine bemerkenswerthe Festrede hat bei der akademischen Kaisergeburtstagsfeier in Bonn der Volkswirthschaftslehrer Professor Dietzel gehalten. Der „Bonner Gen.-Anz." bringt aus derselben folgenden Auszug:

Prof. Dietzel sprach über die drei großen Kulturaufgaben, die das 18. Jahrhundert dem 19. Säkulum gestellt hatte: die Freiheit des Handelsverkehrs, die Theilung der politischen Gewalten und den sozialen Frieden. Die beiden ersten Aufgaben habe das verflossene Jahrhundert nahezu gelöst, nicht dagegen die dritte. Durch die Errungenschaften des letzten Jahrhunderts: Sondereigenthum und freien Wettbewerb, ist, wie der Redner ausführte, der vierte Stand nicht auf die Staffel der sozialen Gleichstellung mit den übrigen Ständen emporgehoben, sondern vielfach zu einem verbitternden Lohnerthum herabgedrückt worden. Gleichwohl ist auch im Rahmen der heutigen Ordnung — nicht im Zukunftsstaate — die Lösung der sozialen Frage möglich, und zwar im Wege der genossenschaftlichen Selbsthülfe, durch die Gewerkvereine, die dem jetzt noch grollend abseits stehenden vierten Stande das Mittel in die Hand gäben, mit dem Arbeitsherrn zu unterhandeln: von Macht zu Macht, und so dem ganzen Stande, wenn auch nicht dem einzelnen Arbeiter, thatsächlich die Gleichberechtigung mit dem Stande der Arbeitgeber verbürgen. Professor Dietzel ist der sicheren Ueberzeugung, daß der jetzt noch hiergegen sich auflehnende Widerspruch der Großunternehmer gebrochen werden wird. Nur dann werde die soziale Harmonie herbeigeführt. Je freier die Straße für die Gewerkvereine, desto rascher kommen wir auf friedliche Wege! Je mehr man sie erschwert durch Polizeivorschriften und Umsturzgesetze, desto langsamer der Schritt zum sozialen Konstitutionalismus. Prof. Dietzel schloß seine Ausführungen mit dem Wunsche, der Kaiser möge hart werden gegen alle Scharfmacher und die soziale Politik im Sinne der 1890er Erlasse weiter ausbauen, um als Vollstrecker von Freiheit und sozialem Frieden durch monarchische Vernunft zu vollenden, was zu Anfang des 19. Jahrhunderts das Chaos der Revolution begonnen hatte.

Zum Schluß hat Prof. Dietzel noch gesagt, man könne dem Kaiser nichts Besseres wünschen, als daß er ein echter roi des gueux (Gensenkönig, König der armen Leute) werde. Herr Dietzel ist ein Lehrer des Prinzen Friedrich Wilhelm, des Sohnes des Prinzen Albrecht, welcher während der Rede anwesend war.

Einheitliche Rechtsprechung. Das Reichsgericht verwarf Dienstag die Revision des Redakteurs der „Volkswacht" in Breslau, Genossen Loebe, der am 26. Oktober v. J. von der Breslauer Strafkammer wegen Beleidigung des sächsischen Oberlandesgerichts zu zwei Monaten Gefängniß verurtheilt worden war. Die „Volkswacht" hatte den inkriminirten Artikel aus dem „Vorwärts" abgedruckt. Der Redakteur des „Vorwärts" ist bekanntlich am 7. Juni v. Js. vom Berliner Landgericht I freigesprochen worden.

Zum „Fall Arons" erfährt die „Nat.-Ztg." zuverlässig, daß die Nachrichten über ein Kompromiß — Bestrafung von Arons mit einem Verweis und Vertagung der Entscheidung über die Frage, ob ein Sozialdemokrat Universitätslehrer sein kann — unbegründet sind. Die Entscheidung des Staatsministeriums dürfte bereits erfolgt sein — allerdings nicht im Sinne des freisprechenden Urtheils der philosophischen Fakultät.

Kleine politische Nachrichten. Die Wahlprüfungskommission des Reichstags hat am Dienstag die Wahl des sozialdemokratischen Abg. Sachße für Waldenburg für ungültig zu erklären und die Wahl des Mitglieds der Freisinnigen Vereinigung Abg. Hänel für Kiel zu beanstanden beschlossen. Die Wahlen des freikonservativen Abg. v. Kardorff für Wartenberg-Oels und Stöcker für Siegen wurden für gültig erklärt. Stöcker wurde in der Stichwahl mit nur 12 Stimmen über die absolute Mehrheit gewählt. — Herr v. Helldorf-Bedra erläßt in der „Kons. Korr." eine Erklärung gegenüber den Angaben, die Fürst Herbert Bismarck in der Reichstagssitzung vom 20. Janr. über ihn gemacht hat. Es handelte sich bekanntlich um den Fall des Sozialistengesetzes, und die „Kreuzztg." hatte die Angaben des Fürsten Herbert Bismarck dahin zusammengefaßt, „daß der Fall des Gesetzes der falschen Orientirung der konservativen Partei durch Herrn v. Helldorf zuzuschreiben sei." Herr v. Helldorf erklärt diese Mittheilungen für thatsächlich unrichtig. Er wird nächstens eine authentische Darstellung veröffentlichen. — Die Budgetkommission des Reichstags lehnte die Forderung von 1 753 000 Mk. für den Bau eines Dienstgebäudes der Kolonial-Abtheilung ab, weil sie den vorgeschlagenen Bauplatz für ungeeignet hielt. — Die Unfallversicherungsgesetz-Kommission des Reichstags hat am Mittwoch die Berathung bis zum § 5 gefördert. Die Fassung der Vorlage wurde angenommen, bei §§ 2 und 3 jedoch unter Zustimmung der Regierung mit einem vom Abg. Fischbeck (FVp.) beantragten Zusatz, wonach durch Statut die Versicherungspflicht auf gewisse Hausgewerbetreibende ausgedehnt werden kann. — In der Petitions-Kommission des Reichstages hat die Reichsverwaltung erklären lassen, daß weibliche Studirende, welche die erforderliche wissenschaftliche Vorbildung besitzen, zu Staatsprüfungen als Aerzte, Zahnärzte und Apotheker auch dann zugelassen werden und die Approbation erwerben, wenn sie das Universitätsstudium nur als Hospitantinnen zurückgelegt haben. Damit ist das einzige Hinderniß beseitigt, welches der Zulassung der Frauen zu Staatsprüfungen in reichsgesetzlichen Vorschriften bisher im Wege stand. — Das Befinden des Zentrumsführers Dr. Lieber, das sich bereits gebessert hatte, ist wieder ungünstiger geworden. Die Lebensgefahr ist noch nicht überwunden. — Die zweite sächsische Kammer beschloß, die Justiz möge die unschuldig Verurtheilten für ihre Vermögensverluste entschädigen. Die Interpellation der Agrarier in der zweiten Kammer beantwortend, betonte Mittwoch der Staatsminister v. Metzsch, die sächsische Regierung billige den Reichsgesetzentwurf über die Untersuchung des ausländischen Fleisches völlig. Die sanitären Vorschriften des Entwurfs seien genügend. In Deutschland sei eine ausreichende Volksernährung ohne Einfuhr ausländischen Fleisches unmöglich. — Der Alttscheche Dr. Srb verzichtete auf die Stelle eines Bürgermeisterstellvertreters und Stadtrathmitgliedes in Prag, wodurch die Wahl Podlipni's gesichert ist. — Die italienische Deputirtenkammer erklärte mit großer Majorität die Wahlen von Turati, de Andreis und Chiesi für gültig. — Aus Coruna (Spanien) wird telegraphirt: Westlich vom Kap Finesterre sank bei wüthendem Sturm ein französisches Torpedoboot. Die Besatzung ist wahrscheinlich ertrunken. — Ueber ein politisches Attentat berichtet „Wolffs Bureau" aus Frankfort in Kentucky (Ver. Staaten) vom Dienstag: Politische Zwistigkeiten, welche Kentucky in Erregung setzten, führten zu einem Attentat auf den demokratischen Kandidaten bei der letzten Gouverneurswahl Göbel. Als Göbel sich zu Fuß nach dem Parlamentsgebäude begab, erhielt er einen Schuß in die rechte Seite, der ihn schwer verwundete. Der Missethäter, ein Farmer, wurde verhaftet. Es herrscht große Erregung; Truppen des Staates haben Befehl erhalten, sich nach Frankfort zu begeben. Der „Frkf. Ztg." wird noch gemeldet, daß der schwer verwundete demokratische Senator Göbel, der die Wahl des republikanischen Gouverneurs anfocht, von der Wahlkommission als Gouverneur anerkannt worden ist. Eine Bürgerrevolte scheint jetzt unausbleiblich zu sein.

Oesterreich-Ungarn.

Einen sehr vernünftigen Erlaß hat der neue österreichische Ministerpräsident als Leiter des Ministerium des Innern an sämmtliche Landeschefs gerichtet, in welchem er die Grundsätze für die staatlichen Behörden im amtlichen Wirken bekannt gibt. Hiernach sollen die Behörden bei strengster Beobachtung der Gesetze sich ausschließlich von sachlichen Erwägungen und der Rücksicht auf die Volkswohlfahrt leiten lassen, alle Agenden rasch erledigen, offenen Auges die Bedürfnisse der Bevölkerung wahrnehmen und überall die Initiative ergreifen, wo von ihrer Intervention ein nützlicher Erfolg zu erwarten ist. Hierzu sei ein steter vertrauensvoller Kontakt mit der Bevölkerung geboten. Das Schreiben empfiehlt ferner die Wahrung des Ansehens der Behörden, die Handhabung der Gesetze im Falle der Bedrohung des öffentlichen Friedens und verlangt nachdrücklich, daß kein Beamter bei Vollziehung amtlicher Obliegenheiten seine politische Gesinnung hervorkehre.

Professor Masaryk sprach Montag in einer von tausend Arbeitern besuchten Versammlung in Kladno über den Bergarbeiter-Streik. Er erklärte, die Achtstundenschicht und die Festsetzung des Minimallohns seien moralisch, hygienisch und sozial berechtigte Forderungen. Wenn die Streikenden Besonnenheit wahren und den Boden des Gesetzes nicht verlassen, werden sie siegen. Masaryk schloß, sein Erscheinen möge den Arbeitern beweisen, daß auch in Bürgerkreisen Verständniß für ihre Interessen bestehe.

Vom Kohlengräberstreik. Eine wesentliche Aenderung in der Lage ist nicht eingetreten. Die Zahl der Streikenden nimmt überall noch zu, mit Ausnahme von Oesterreichisch-Schlesien, wo eine kleine Abnahme zu verzeichnen ist. In Brüx mußte die zum 31. Januar anberaumte Sitzung des Einigungsamts vertagt werden. Es wurden nämlich jene Genossenschaftsdelegirten aus der Gruppe der Arbeiter, die den Werksbesitzern aus irgend welchen Gründen unbequemer sind als die anderen, nicht eingeladen. Wahrscheinlich hat man es wieder mit einem Unternehmertrick zu thun. Die erschienenen Mitglieder der Arbeiterschaft erklärten unter diesen Umständen, auf einer Vertagung der Sitzung bestehen zu müssen. Auch die Arbeiter der Alpinen Montangesellschaft in Seegraben bei Leoben überreichten Dienstag der Gesellschaft ihre Forderungen; sie verlangen Minimallöhne, achtstündige Arbeitszeit, Freigabe des 1. Mai und freie Wohnung. Sie wünschen eine Antwort bis zum 6. Februar. Die Arbeit wird inzwischen fortgesetzt. — In Brüx wurden ein gewisser Vincenz Körber und die Redakteure zweier tschechischer Arbeiterblätter wegen angeblicher aufreizenden Reden verhaftet.

Frankreich.

Der Kampf gegen den Klerikalismus. Im Ministerrathe hat Dienstag Ministerpräsident Waldeck-Rousseau die Erklärung abgegeben, daß er trotz der Versicherung des Erzbischofs von Paris, Kardinal Richard, — sein Besuch bei den verurtheilten Assumptionisten trage durchaus keinen politischen Charakter — die ganz ungewöhnliche Handlungsweise des Erzbischofs tadeln müsse. Den Bischöfen und sonstigen Geistlichen, welche gegen die Verurtheilung der Patres protestirt haben, werde das Gehalt gesperrt werden. Das ist denn auch bereits geschehen. Zu den geistlichen Würdenträgern, denen das Gehalt gesperrt wurde, gehören nach Pariser Meldungen der Erzbischof von Aix, die Bischöfe von Versailles, Valences, Viviers, Tulle und Montpellier sowie der Pfarrer von Avignon.

Die ewige Schraube. Die neue Flottenvorlage ist eingebracht. Sie fordert in der Hauptsache 6 Kreuzer, 24 Panzerkreuzer, 52 Torpedojäger, 112 Torpedoboote und 26 unterseeische Fahrzeuge. Außerdem sollen die Häfen des Mutterlandes und der Kolonien besser befestigt werden. Kostenpunkt: 750 Millionen Mark. Das Wettrüsten ist theuer, sehr theuer für die Steuerzahler!

Die Spionenriecherei hat abermals ein Opfer gefordert. Die „Patrie" erzählt geheimnißvoll, daß am Freitag v. W. in einem Pariser Hotel in der Nähe der Tuillerien ein bayerischer Hauptmann verhaftet worden sei. Natürlich behandelt das Blatt den Verhafteten als Spion, doch ist die Angelegenheit um so verdächtiger, als das betreffende Individuum schon vor Jahren einmal in den Händen der Polizei gewesen sein soll.

Vor dem Zuchtpolizeigericht wurde Mittwoch die Angelegenheit Judet-Zola verhandelt. Zola hatte Judet wegen einer Veröffentlichung von gefälschten Dokumenten, die geeignet waren, den guten Ruf seines Vaters zu schädigen, angeklagt. Judet dagegen hatte gegen Zola eine Klage wegen Verleumdung angestrengt. Das Zuchtpolizeigericht sprach Zola frei. Das Urtheil wurde mit dem Ruf: „Es lebe Zola!" aufgenommen.

England.

Die Adreßdebatten in den englischen Parlamenten haben Dienstag bis Mitternacht gewährt. Campbell-Bannermann's Ausführungen im Unterhause endigten mit einem scharfen Angriffe auf die Regierung. Der Führer der Liberalen sagte u. A.:

Jetzt wird gesagt, der Krieg war unvermeidlich; das ist offenbar eine Meinung post factum, weil, wenn es nicht der Fall war, der ministerielle Standpunkt hoffnungslos verurtheilt ist, und weil, wenn die Minister im letzten Sommer den Krieg für unvermeidlich hielten und doch noch mit den Verhandlungen fortfuhren, in der Weise, wie sie es thaten, sie aus dem Amte getrieben werden müßten. (Gelächter bei den Ministeriellen. Beifall bei der Opposition). Nichts war im Wesen der Frage, derentwegen sie mit Transvaal in Meinungsverschiedenheiten waren, worin man einen casus belli hätte finden können, (Beifall bei der Opposition), nichts war, das den Krieg und die Vorbereitungen zum Kriege hätte rechtfertigen können. (Beifall bei der Opposition). So sagte ich schon im letzten Sommer, weil ich wünschte, wenn möglich, Einhalt zu thun der Entsendung kleiner Truppenabtheilungen, welche sicher die Verhandlungen der Regierung vereiteln und Zweifel und Mißtrauen aufkommen lassen mußten gegenüber der Versicherung ernsten Wunsches nach einer friedlichen Lösung. Wir müssen daher schließen, daß alles, was gethan wurde, zu dem Zweck geschah, die Buren durch Einschüchterung zur Unterwerfung zu bringen. Eine lächerlichere Auffassung von den Gegnern und ein vollständigeres Verrechnen hat man in der Geschichte niemals gesehen. (Beifall bei der Opposition.) Thatsächlich hat sich die Regierung geirrt sowohl in Bezug auf den Ausbruch des Krieges und auf unsere Gegner im Kriege, als auch in ihrer ganzen Voraussicht über die Erfordernisse des Krieges. Ich bedauere, daß die Regierung von den Rüstungen der Buren so wenig gewußt hat. Wenn die Nachrichtenabtheilung des Kriegsministeriums nichts wußte, so ist das eine sehr ernste Sache. Ich verlange die Vorlegung der Depeschen des Generals Buller, in denen er seine Ansichten über die militärische Lage in Südafrika und über die erforderlichen Streitkräfte darlegt. Das Haus würde die Ermächtigung nicht verweigert haben, die Garnisonen und den Vertheidigungszustand der Kolonien zu verstärken, wenn die Regierung dem Hause die richtige Vorstellung von dem Mißverhältniß zwischen der militärischen Stärke der Buren und dem Vertheidigungszustand der Kolonien beigebracht hätte.

Dann sprach der Schatzmeister Balfour über die gespannten Beziehungen mit Transvaal, die schon seit 20 Jahren beständen. Er meinte: Was den Gouverneur der Kapkolonie Buller anbetrifft, so bestehe im Kriegs-

amt kein Dokument, welches die in Südafrika weilenden Truppen als ungenügend hinstelle. Der jetzige Krieg dürfte erst später seine Früchte tragen. Der folgende Redner Fitzmaurice erklärte, die Organisation der englischen Armee sei unter jeder Kritik. Der Redner kritisirte auf das Heftigste die Haltung der englischen Regierung Transvaal gegenüber. Die Sitzung endete erst um 12 Uhr 30 Minuten durch Vertagung. Der Kampf geht also Mittwoch weiter; er ist aber um so weniger auf praktische Ergebnisse zugeschnitten, als bisher die Ungerechtigkeit des Kampfes und die Forderung nach Frieden nur allein von der prinzipiell antienglischen Fraktion der Iren proklamirt wurde. Die irische Partei beschloß, ein Amendement zu der Adresse einzubringen, in welchem erklärt wird, die Zeit sei gekommen, dem Kriege, welcher unnöthig und ungerecht sei, ein Ende zu machen auf der Basis der Anerkennung der Unabhängigkeit Transvaals und des Oranje-Freistaats.

Im Oberhause wurde die Adresse auf die Thronrede bereits angenommen; auch dort gab es eine, wenn auch noch zahmere Debatte. Lord Salisbury proklamirte ganz ungenirt das Programm des rücksichtslosen Imperialismus und ertheilte Englands besten Traditionen eine deutliche Absage, indem er diejenigen Amtsvorgänger offiziell tadelte, welche 1881 und 1883 mit Transvaal Verträge abgeschlossen hätten. Nun, diese Amtsvorgänger haben England nicht blamirt, wohl aber geschah dies in vernichtender Weise durch den Salisbury-Chamberlain'schen Chauvinismus. Salisbury sagte:

Obwohl es durchaus angebracht wäre, das Verhalten der Militärbehörden zu untersuchen, ist es besser, die Untersuchung auf geeignetere Zeit zu verschieben. Die Kriegswissenschaft wird auf dem Festlande mit einer Gründlichkeit und Hingebung, wie sie keiner anderen Wissenschaft gewidmet werden, studirt. Wir finden uns umgeben von fünf großen militärischen Nationen, wir verfolgen jedoch eine von ihnen in höchst wichtigen Punkten gänzlich verschiedene Politik. Ich bin der Meinung, daß die Verfassung Englands, wie sie jetzt besteht, keine gute Maschine im Kampf bilde. (!) Eine Erörterung zu jetziger Zeit verhorreszire ich und halte eine Kritik nicht für nützlich. Gegenwärtig müssen sich alle vereinigen, um uns aus unserer Lage, die von Demüthigung und Gefahren nicht frei ist, zu reißen. Unser Bestreben muß sein, uns so schleunig wie möglich aus einer Situation zu befreien, die wir nicht andauern lassen können. Wenn wir nicht alle unerheblichen Zwistigkeiten unserer großen Pflicht, das Reich zu behaupten, unterordnen, werden wir in Gefahr sein, Konvulsionen zu erleiden, die sicher seinen Glanz beflecken und vielleicht seine Integrität bedrohen werden.

Lord Rosebery erklärte, die Rede Salisbury's entspreche nicht dem äußerst ernsten Anlaß. Das bisherige Verhalten der Regierung werde eines Tages geprüft und scharf angegriffen werden. Jetzt jedoch verlange das Land zu wissen, was die Regierung zu thun beabsichtigt. Er schloß:

„Das Land wird die Sache durchführen, trotz aller Hindernisse, welche ihm Menschen und Methoden in der letzten Zeit in den Weg gelegt haben. Es wird aber durch einen edleren Ton und wahrhaftigeren Patriotismus begeistert werden müssen, als wir ihn heute Abend von Salisbury gehört haben."

Salisbury bemerkte auf diese Angriffe der Opposition nur, daß England schon häufiger zu Beginn eines Krieges Niederlagen erlitten habe. Zum Schluß sei es aber stets siegreich gewesen. Salisbury forderte die Nation auf, zusammen zu halten, um auch diesmal dem Vaterlande zum Siege zu verhelfen. Alsdann suchte der Kriegsminister in längerer Rede die gegen die Kriegsverwaltung erhobene Kritik zu widerlegen. Hierauf wurde die Sitzung aufgehoben.

Türkei.

Politik und Harem. Der Ministerrath in Konstantinopel beschäftigte sich Montag mit der Angelegenheit der Italienerin Silvia Genelli, welche in einen türkische Harem gebracht worden ist. Der Justizminister verweigert die Freilassung des Mädchens mit der Angabe, daß die Genelli nach dem türkischen Gesetze bereits die Großjährigkeit erlangt hat und zum Islam übergetreten ist. Die italienische Botschaft will dies nicht anerkennen, da das Mädchen als italienische Unterthanin minderjährig sei und unter väterlicher Gewalt stehe. Der Zwischenfall hat ernstere Formen angenommen und könnte sogar zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen führen. Die italienische Botschaft hat neuerlich ernste Schritte bei der Pforte unternommen.

Am Dienstag richtete wegen des Zwischenfalls die italienische Botschaft in Konstantinopel an die Pforte ein Ultimatum, in welchem erklärt wird, wenn die Italienierin Silvia Genelli nicht bis Mittwoch in Freiheit gesetzt werde, würde die Botschaft die diplomatischen Beziehungen abbrechen. Das hat gezogen. Wie die italienisch-offiziöse „Agenzia Stefani" meldet, wurde das Mädchen daraufhin sofort in die italienische Botschaft geführt und seinem Vater übergeben.

Transvaal.

Vom Kriegsschauplatze liegt die begeisternde Mittheilung vor, daß Buller eine Rede gehalten hat. Er las Montag den Truppen Warrens folgende Botschaft der Königin vor:

„Ich muß den Truppen, besonders den von ihnen bezeichneten Regimentern, meine Bewunderung aussprechen für die Haltung während der letzten schweren Woche und für die Ausdauer bei dem beschwerlichen Marsche."

General Buller sagte dabei zu den Soldaten, sie sollten nicht glauben, weil sie sich zurückgezogen von ihrer Stellung, daß alle Mühen nutzlos gewesen wären; nach seiner Meinung hätten sie den Schlüssel zu dem Wege nach Ladysmith gewonnen, wo sie, wie er glaube, binnen einer Woche sein würden. Danach scheint Buller „den Schlüssel" mit über den Tugela genommen zu haben, als er zurückgehen mußte. Selbst ein redender General sollte nicht allzu großen Unsinn reden. Nach einer Meldung der „Times" aus Ladysmith vom 28. Januar wurde dort die Nachricht von der Niederlage Bullers „mit Muth und Tapferkeit aufgenommen." Der Platz soll noch ausharren können; auch die Gesundheitsverhältnisse der Garnison seien jetzt besser. Ob das wahr sein wird?

Ueber die Kämpfe um den Spionskop bringt das Reutersche Bureau noch nachträglich einen Bericht, der nähere Details über den Kampf vom 24. Januar enthält. Die Meldung lautet:

Als die englische Infanterie am 24. Januar in den theuer erkauften Stellungen auf dem Tabayama-Berge eingetroffen war, wurde sie vom Feind von drei Punkten mit einem schrecklichen Granatfeuer überschüttet. Die Stellung wurde ein wahrer Kugelfang. Es wurde der Befehl zum Rückzug gegeben, der während der Nacht ausgeführt wurde. Die englischen Verluste sind schwer. Die Krankenträger waren den ganzen Tag thätig, um die Verwundeten von der Spitze des Hügels fortzuschaffen. Der Feind besetzte mit kleinen Abtheilungen die geräumten Höhen; man sah, wie er den englischen Todten die Gewehre und Wasserflaschen abnahm.

Wie schwer die englischen Verluste gewesen sind, zeigt nachfolgende Ergänzungsliste des Kriegsamts über die Verluste beim Gefecht am 24. Januar: Getödtet wurden danach 139 Mann, verwundet 392, vermißt 59; 4 Mann wurden gefangen genommen. Die Verluste der Buren betrugen dagegen nach amtlichen Angaben in der Schlacht am Spionskop im Ganzen 53 Todte und 120 Verwundete.

Nachdem es Buller nicht gelungen ist, auf dem Wege über den Spionskop Ladysmith zu entsetzen, will man anscheinend jetzt versuchen, von Osten her, über Weenen, dasselbe Ziel zu erreichen. Eine Truppenabtheilung von 5600 Mann unter General Cook ist nämlich in Südafrika gelandet, man weiß aber nicht wo, da Lord Roberts Stillschweigen bewahrt. Man vermuthet nun, daß dies Corps von Durban nach Weenen gehen wird. Im Uebrigen wird vermuthet, daß Lord Roberts jetzt selber den geplanten Einfall in den Oranje-Freistaat beginnen will.

In England wird inzwischen weiter gerüstet. In Aldershot traf Mittwoch unerwartet der Befehl ein, daß die vierte Kavalleriebrigade sich zur sofortigen Einschiffung bereit halten soll.

Die „Standard and Diggers News" in Johannesburg veröffentlichen ein Telegramm aus Pretoria vom 25. Januar, das meldet, daß in der Nähe der Krokodil-Pools ein Zusammenstoß zwischen den Burenvorposten und den britischen Truppen, welch letztere in überwiegender Mehrzahl waren, stattgefunden habe. Die Buren wurden zum Rückzuge gezwungen, trieben aber, nachdem sie Verstärkung erhalten, die britischen Truppen aus ihrer Stellung. Sie hatten zwei Verwundete. — Hierzu bemerkt Reuters Bureau; Diese Nachricht bezieht sich wahrscheinlich auf ein Gefecht mit der Streitmacht des Obersten Plumer, der vom Norden her nach Mafeking vorrückt, und es erledigt sich dadurch das Gerücht, daß Mafeking entsetzt sei.

Alle britischen Unterthanen in Barkly-West wurden, nach einer Meldung des Reuterschen Bureaus aus Kimberley, von den Buren zum Kriegsdienst herangezogen. Es wurde ihnen befohlen, Morgens vor dem Truppen-Kommandanten mit voller Feldausrüstung zu erscheinen. Sollten sie diesem Befehl nicht folgen, werden sie zu 37 Lstrl. 10 Schill. oder zu dreimonatigem Gefängniß und Zwangsarbeit verurtheilt. Die Maßregel betrifft 300 Engländer.

In Johannesburg herrscht, nach Reuters Bureau, vollkommene Ordnung. Die den englischen Staatsangehörigen ertheilten Erlaubnißscheine sind jüngst revidirt worden. Als „Oom Paul" dies verfügte, ließ er sagen, die britischen Bürger müßten sich darauf gefaßt machen, daß, wenn die Buren selber ausgehungert werden sollten, die britischen Unterthanen im Lande dasselbe Schicksal zu theilen haben würden. Die, welche das Kriegsrecht verletzten, würden des Landes verwiesen werden.

China.

Der Staatsstreich der Kaiserin Wittwe von China. Nach einem Telegramm des Bureau Dalziel aus Shanghai ist die Kaiserin Wittwe sehr erschreckt über die außerordentlichen Bezeigungen von Loyalität für den Kaiser Kwangsu, welche in allen Provinzen stattfinden, sowie über die sehr große Zahl telegraphischer Proteste gegen den Staatsstreich, die sie täglich erhält. Hunderte von Beamten seien nach Peking unterwegs, um persönlich zu protestiren. Japan soll formell gegen den Staatsstreich protestirt haben und die einzige Macht sein, welche dies gethan hat. Man behauptet, Kwangsu solle vor 10 Tagen beabsichtigt haben, aus dem Palaste zu entfliehen und in der englischen Gesandtschaft Zuflucht zu suchen. Man habe ihm aber den Wink gegeben, daß seine Anwesenheit in der englischen Gesandtschaft nicht willkommen sein würde.

Lübeck und Nachbargebiete.

Freitag, den 1. Februar.

Etwas vom „Erdrosseln." Bekanntlich hat der joviale, zuweilen aber auch über Gebühr gewissenhafte Reichstagspräsident Graf Ballestrem am Dienstag den Abgeordneten Singer arg angehaucht, weil dieser von einer Erdrosselung der Postunterbeamten-Organisationen zu reden wagte. Trotz der trefflichen Abweisung, die der Betroffene ihm für diese Geschmacklosigkeit zu Theil werden ließ, ist es vielleicht nicht unangebracht, auf die 102. Sitzung des Reichstages vom 16. November 1899 zu verweisen. Dort sagte nämlich bei Berathung der Ausdehnung des Postzwanges der Abgeordnete Singer im Beisein desselben Präsidenten Grafen Ballestrem wörtlich:

„Es ist eine etwas eigenthümliche Auffassung des Herrn Kollegen von der freisinnigen Partei (Dr. Müller-Sagan. D. R.), von einer beabsichtigten „Erdrosselung" der Privatpostanstalten zu reden, einer Erdrosselung, die nach der Regierungs- und Kommissionsvorlage mit einer Entschädigung des achtfachen Jahresnutzens bezahlt werden soll."

Damals schwieg der heute so zart besaitete „Großglöckner" zu dem Worte, das er jetzt als „Kraftausdruck, der unter gebildeten Leuten nicht üblich ist", bezeichnet. Heute Kaserne, morgen Nonnenkloster — ganz neuester Kurs!

Es frißt der Hecht die Karpfen . . . In der Hefeindustrie ist eine Ringbildung im Anzuge. Den Anstoß dazu giebt die große Helbing'sche Fabrik in Wandsbeck. Die Kleinindustriellen dieser Branche ahnen schon, daß es ihnen über kurz oder lang an den Kragen gehen wird. So schreibt ein „Kleinbrenner" dem „Hamb. Frdbl.":

Das Hefewürzeverfahren, was in den großen und mittleren Brennereien allgemein durchgeführt ist, ermöglicht eine Vereinigung der großen und mittleren Brenner zu unseren Ungunsten. Wir laufen Gefahr, daß, wenn eine derartige Vereinigung zu Stande kommt und wir uns derselben fernhalten — ein Ankämpfen dagegen dürfte erfolglos sein — vollständig unterdrückt und vernichtet zu werden. Es erscheint mir darum in unserem Interesse zu sein, wenn wir Kleinbrenner die Schritte der Großindustriellen zwecks Einigung und Erhöhung der Hefenpreise nach Möglichkeit unterstützen und an den Versammlungen, die diese einberufen, theilnehmen, damit auch wir unsere Meinungen zur Geltung bringen. Es ist meines Erachtens nicht anzunehmen, daß, wenn sich die Kleinindustrie an den Bestrebungen der Wandsbeker Fabrik betheiligt, wir ohne Weiteres übergangen werden. Zeigt die Kleinindustrie an den ganzen Einigungsbestrebungen keinerlei Interesse, schweigt sie zu denselben, wie schon in so vielen Fällen, so dürfen wir es den übrigen Berufsgenossen nicht verargen, wenn sie bei ihren Beschlüssen uns unberücksichtigt lassen. Ich möchte die Berufsgenossen hierauf aufmerksam machen und ihnen den Rath ertheilen, zunächst die von der Wandsbeker Fabrik erbetenen Fragebogen ausgefüllt einzuschicken und an diese die Bitte zu knüpfen, bei Einberufung der Versammlung zu dieser ebenfalls eine Aufforderung zu erhalten.

Der „Kleinbrenner" hegt also noch die mehr als naive Ansicht, daß, wenn er und Seinesgleichen mit den Großen Kirschen essen, das Unheil von ihnen abgewendet werde. Ein neuer Beweis, wie wenig in bürgerlichen Kreisen die Lehren beachtet werden, welche so außerordentlich fühlbar von Zeit zu Zeit in dem einen oder andern Berufe den „Kleinen" ertheilt werden! Sie sehen nicht, was jeder halbwegs geschulte Arbeiter sieht. Auch in der Hefeindustrie wird zweifelsohne in absehbarer Zeit der unvermeidliche, jedes ethische Moment ausscheidende Vernichtungskampf vor sich gehen.

Arbeiter! Eure Pflicht ist's,
bei jeder Gelegenheit aller-
Orts Eurer Zeitung
neue Leser zuzuführen;
Nur dann ist die Presse
in der Lage, ihr Ziel zu er-
reichen: mit Erfolg einzu-
treten für das Proletariat!

= Eine öffentliche Versammlung der Schuhmacher Lübecks tagte Dienstag Abend im Lokale des Herrn Leeke. Nach einem ausführlichen Referate von Schaumburg-Hamburg und lebhafter Diskussion ward eine Lohnbewegung für das laufende Jahr beschlossen. Die Forderungen werden im Wesentlichen etwa folgende sein: „Ein Minimallohn von 18 Mark, zehnstündige Arbeitszeit, Bezahlung der Ueberstunden mit 40 Pfg., Stücklohn auf einheitlicher Klasse mit ziemlicher Höhe, Fournituren-Stellung, Abschaffung von Kost und Logis beim Meister." Wir werden zu geeigneter Zeit die Angelegenheit noch eingehender behandeln.

* **Stadttheater.** Aus dem Theaterbureau schreibt man uns: Am Freitag wird auf vielfachen Wunsch die entzückende Operette von Strauß „Die Fledermaus" wiederholt. Demnächst steht wiederum ein interessantes Gastspiel in Aussicht: das des Heldentenors Werner Alberti, der bereits vor mehr als einem Jahrzehnt am Lübecker Theater thätig gewesen ist und augenblicklich an den ersten deutschen Bühnen gastirt. — Große Vorbereitungen werden z. Zt. im Stadttheater zu dem am 11. d. Mts. in Scene gehenden Ausstattungsstück „Frau Venus", modernes Märchen in 11 Bildern mit Gesang und Tanz von E. Pasqué und O. Blumenthal, Musik von Raida, getroffen. Am Berliner Viktoriatheater hat „Frau Venus" nicht weniger als 330 Aufführungen erlebt.

Im Circus Variété beginnen nach kurzer Pause heute, Donnerstag Abend, die Vorstellungen wieder. Die Direktion hat geglaubt, der Karnevalszeit Rechnung tragen zu müssen und deshalb ein Programm zusammengestellt, in dem der Humor ausgiebigst vertreten ist. „Lachen, nichts als Lachen", sollen die Zuschauer: das ist die Devise, nach der die Direktion Rittscher-Kalnberg bei der Aufstellung des Spielplans verfahren ist. Und sie wird ihr Versprechen auch einlösen, das darf man gewiß sein. Wer sich also ein paar vergnügte Stunden bereiten will, wird in den nächsten Tagen sicherlich nicht am Circus vorbeigehen.

pb. **Ein Fußbodenbrand** entstand in einem Hause der Klosterstraße angeblich durch Fahrlässigkeit eines Dienstmädchens, welches glühende Asche in eine Holzkiste geschüttet hatte.

pb. **Gestohlen** wurde aus einem Neubau am Hüxterdamm ein Rutscher.

pb. **In Haft** geriethen je drei Bettler und Obdachlose.

Eutin. Eichen- und Eschen-Holzverkauf. Am Montag, den 5. Februar sollen beim Gastwirth O. Witt in Eutin nachstehende Bau- und Nutzhölzer meistbietend verkauft werden: 1. Revier Neudorf a) Neukoppel: 5 Eichen St. = 13,78 Fm. Nr. 1—5. — 49 Stück Eichen, Abfallholz = 7,70 Fm., Nr. 6—12. b) Düvelseerst; 2 Eichen St. = 3,97 Fm., Nr. 1 und 2. — 9 Stück Eichen, Abfallholz = 4,90 Fm., Nr. 3—5. c) Moorkampshorst: 10 Eichen St. = 22,92 Fm., Nr. 1—10. — 35 Stück Eichen, Abfallholz = 7 Fm., Nr. 11—17. d) Laak und Butterberg: 56 Eschen St. = 31,38 Fm, Nr. 1—28. 1. Revier Liensfeld. a) Hohenstegen: 4 Eichen St. und Abschn. = 9,83 Fm., Nr. 1—4. — 1 Kirschbaum St. = 0,67 Fm., Nr 12. — 35 Eschen-Stangen = 6,18 Fm., Nr. 13—21. b) Brammerhorst: 15 Eichen St. und Abschn. = 13 Fm., Nr. 1—10. c) Hellenrade: 34 Eichen St. und Abschn. = 54,13 Fm., Nr. 1—24. d) Stuttkoppel: 19 Eschen St. und Abschn. = 11,44 Fm., Nr. 1—19. 3. Revier Eutin. a) Vorteichshorst: 5 Eichen St. und Abschn. = 6,02 Fm., Nr. 1—4. b) Hohwede: 42 Eichen St. und Abschn. = 68,48 Fm., Nr. 5—32. c) Röbel: 43 Eschen St. und Abschn. =

36,22 Fm., Nr. 1—31. 3. Revier Wüstenfelde. a) beim Ulsei-Gasthause: 2 Eichen St. = 12,21 Fm., Nr. 1 und 2. — 14 Eichen Abschn. = 2 Fm., Nr. 3 und 4. b) am Lebebensee: 23 Eichen St. und Absch. = 18,47 Fm., Nr. 1—15. c) Wüstenfelde 6 Eichen St. = 2,50 Fm., Nr. 37 und 38. — 135 Eichen Stangen = 15,25 Fm., Nr. 39—52. 5. Revier Malente. a) Nücheler Dörn: 32 Eichen St. und Abschn. = 35,08 Fm., Nr. 1—32. b) Sieversdorferholz: Eichen St. = 26 Fm., Nr. 1—16. Gegen Erstattung der Kopial-Gebühr und Porto-Auslagen sind Abschriften der betr. Aufnahmelisten zu beziehen von den Revierbeamten Süchting-Dodau bei Gremsmühlen, Brandt-Wüstenfelde bei Gremsmühlen, Rodenberg-Sutin, Jacobi-Malente bei Gremsmüslen und Kipp-Jiensfeld bei Majenfelde. Zusammenkunft: Nachmittags 2½ Uhr.

Hamburg. Ein Leprafall. Aufsehen erregt ein in dem Vorort Niendorf vorgekommener Leprafall. Der vor mehreren Jahren aus Columbien zurückgekehrte Kranke wurde sofort der Leprastation des Eppendorfer Krankenhauses übergeben.

Schleswig. Der desertirende Husar Wriedt vom Regiment Kaiser Franz Joseph schoß auf den ihn verfolgenden Sergeanten, ohne zu treffen. Wriedt verletzte sich darauf selbst durch drei Revolverschüsse tödtlich.

Lüneburg. Der Tanzkrieg ist beendet. Auch in dem letzten noch schwebenden Prozeß wegen des Gewerkschaftsfestes am 27. August v. J. hat die Polizei einen Reinfall erlitten. Die Angeklagten wurden freigesprochen.

Bremen. Vom noblen Rhederthum. Der Norddeutsche Lloyd läßt bekanntlich riesige Summen springen, um in der Welt den Eindruck eines höchst vornehmen Instituts zu machen. Diesen Reklameaufwand beleuchtet in sehr merkwürdiger Weise das Verhalten, das der Lloyd neuerdings gegen seine Hafenarbeiter zur Schau trug. Im vorigen Dezember fand eine Lohnbewegung der bremischen Hafenarbeiter ohne Streik vor dem Einigungsamte mit Erzielung einiger, wenn auch nur geringer Vortheile ihren Abschluß. Am 1. Januar sollte der neue Lohntarif in Kraft treten, aber nun zeigte sich, daß weder der Norddeutsche Lloyd noch die Bremer Lagerhaus-Gesellschaft sich rührten, das Abkommen zu respektiren. Die Arbeiter wandten sich mit schriftlicher Beschwerde an den Arbeitgeberverband und nun machte die Lagerhaus-Gesellschaft die von den Arbeitern erhofften Vortheile durch eine andre Auslegung illusorisch, während der Norddeutsche Lloyd sich durch den in aller Stille vollzogenen Austritt aus dem Arbeitgeberverband offenbar nicht mehr an das Abkommen vor dem Einigungsamt gebunden glaubte. Die Arbeiter, die auf diese wahrhaft erbärmliche Weise um die nunmehr einzigen Vortheile ihrer Lohnbewegung gebracht sind, haben dem bremischen Rhederkapitol in einer jüngst abgehaltenen Versammlung unverblümt die Meinung gesagt. Zur Kennzeichnung des bremischen Rhederthums diene noch folgendes: In ihrer erwähnten schriftlichen Beschwerde an den Arbeitgeberverband hatten die Hafenarbeiter darauf hingewiesen, daß nach ihrer Meinung das vom Vorsitzenden des Arbeitgeberverbands vor dem Einigungsamt abgegebene Ehrenwort für alle Mitglieder jenes Verbands bindend sei. Diesen Glauben, daß die Unternehmer auf Ehre und Gewissen verhandelten, hat folgendes Wort, das der Vorsitzende, Direktor Holze von der Dampfschifffahrts-Gesellschaft Neptun, seinem Antwortschreiben einfügte, gründlich zerstört. Er schrieb: „Wir bemerken hier, daß sowohl Ihre wie unsre Vertreter vor dem Einigungsamte ein Ehrenwort nicht abgegeben haben und wir verbitten uns für jetzt und in Zukunft hierauf bezügliche Anspielungen.“ Das klingt in der That saarabisch. Und dabei hatte Direktor Holze im Verlaufe der Verhandlungen vor dem Einigungsamte das Wort gesagt: „Was wir hier verhandeln, ist Ehrensache.“ Darauf hatten die Hafenarbeiter ihren guten Glauben gestützt.

Viehmarkt.

Hamburg, 31. Januar

Der Schweinehandel verlief sehr flau.

Zugeführt wurden 720 Stück. Preise: Versandschweine, schwere 46—47 Mk., leichte 45—46 Mk., Sauen 38—42 Mk und Ferkel 42—45 Mk. pr. 100 Pfd.

Der Kälberhandel verlief flau.

Zugeführt wurden 1200 Stück. Preise: Beste 88—100 Mk. geringere 57—75 Mk. pr. 100 Pfd.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu berufen.

Neue la. Berger Flohmheringe
Neue Magdeb. Salzgurken
Essig, Essigsprit u. Wein-Essig
zum Schlachten
in Gebinden jeder Größe empfiehlt
H. L. Wiegels, vorm. J. C. Bunge,
Fischergrube 61.
Essigfabrik.

Kartoffeln.
Gelbe zu 5.50, 6 und 7 Mk., pr. magnum bonum 5 Mk., bei 200 Pfund frei Haus.
Karl Voss, Alfstraße 18.

Lübecker
Genossenschaftsbäckerei
e. G. m. b. H.

Die in der Ordentlichen General-Versammlung vom 31. Januar 1900 beschlossene Dividende kann vom
Montag den 5. Februar d. Js.
ab an den Wochentagen von Morgens 9 bis 12 Uhr, Nachmittags von 3 bis 6 Uhr, gegen Vorzeigung der Guthabenscheine im Comptoir der Genossenschafts-Bäckerei, **Töpferweg 65,** in Empfang genommen werden.

Der Vorstand.

Mitglieder-Versammlung
des
Verbandes der Brauer
und verwandten Berufsgenossen
am Sonnabend den 3. Februar
Abends 8 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 50.
Tages-Ordnung:
Einkassiren der Beiträge.
Aufnahme neuer Mitglieder.
Abrechnung vom 4. Quartal.
Anträge zum Verbandstag
Bericht der Statistik-Kommission für Braunbier-Brauer.
Kartell-Bericht.
Verschiedenes.

Neu! Neu! Neu!
Zum ersten Male in Deutschland.
Tonhalle.
Täglich großes
Mandolinen-Concert.
Compagnia Roma.
Spielten zuletzt im
Bierpalast in Hamburg.
Anfang 7 Uhr Abends.

Buchdruckerei
Friedr. Meyer & Co.
50 Johannisstrasse 50.

Servietten
Speisenkarten
Weinkarten
Adresskarten
Reglements
Menu-Karten
Tafellieder
Reise-Avise
Postkarten
Visitenkarten
Abschlüsse
Diplome
Einladungen
Notas
Mittheilungen
etc.

Teleph. 419.

Flugblätter
Handzettel
Plakate
Stimmzettel
Statuten
Statistiken
Berichte
Einlasskarten
Tabellen
Broschüren
Werke
Formulare
Arbeitszettel
Prologe
Programme
etc.

Teleph. 419.

Circulare
Couverts
Rechnungen
Briefbogen
Rabattmarken
Bonsbücher
Quittungen
Kataloge
Frachtbriefe
Preislisten
Fakturen
Wechsel
Mahnbriefe
Paketzettel
Etiketten
etc.

Unsere Buchdruckerei ist mit den neuesten Maschinen und aller Art Hülfsmaschinen ausgestattet

Mit Kostenanschlägen über Werke, Zeitschriften, Broschüren etc. stehen wir gern zu Diensten.

Als schöne Zimmerzierde
ist den Parteigenossen zu empfehlen:
Brustbild von Ferd. Lassalle.
Natürliche Größe, Oeldruck. Preis 1 Mk.
Brustbild von Karl Marx.
Natürliche Größe, Oeldruck. Preis 1 Mk.
Expedition des Lübecker Volksboten.
Johannisstraße 50.

Quartett-Verein „Luba“.
Grosser Masken-Ball
mit Preisvertheilung für Damen und Herren
am Donnerstag den 8. Februar 1900
in den Central-Hallen.
Anfang 6 Uhr. Maskenzug 8 Uhr. Ende 4 Uhr.
Karten im Vorverkauf sind zu haben bei den Herren W. Borgwardt, Centralhallen, und H. Helmke, Krähenstraße 18.
Fremde Pierrots und Kinder haben keinen Zutritt.
Der Vorstand.

Danksagung.
Sage dem Weinarbeiter-Comitee für die erhaltene Unterstützung tiefgefühltesten Dank.
Frau C. B.

Dicke Flohmen
von hies. Landschweinen Pfd. 60 Pf.
Ia. Flohmenschmalz „ 80 „
ff. Speiseschmalz „ 70 „
Spießbratenschmalz „ 70 „
Bratenschmalz (Wurstfett) „ 50 „
— nur selbstausgebratene Waare —
empfiehlt
Wilh. Schmidt, Mengstraße 2.
Wiederverkäufern billiger.

Circus Variété
Täglich das
Riesen-Sensations-Programm.
25 Künstler allerersten Ranges.
Im Reiche des Humors.
Tollheiten über Tollheiten.
Orkanartige Lachsalven.
Anfang des Concerts 7½ Uhr.

Stadt-Theater.
Freitag. Operupreise.
Die Fledermaus.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich — Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kahle.
Verleger: Theod. Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 27. Freitag den 2. Februar 1900. 7. Jahrgang.

Wieder einer!

Der hochwürdige Herr Pater Lukas Kinateder, der bis zu seiner Verhaftung Religionslehrer an einer Volksschule in Wien-Währing gewesen ist, wurde Freitag, wie bereits kurz gemeldet, gemäß dem Verdikt der Wiener Geschworenen wegen Verbrechens der Nothzucht zu drei Jahren schweren Kerkers verurtheilt. Die Verhandlung, die dieser Verurtheilung vorausging, bot ein äußerst merkwürdiges Sittenbild, und zwar ein typisches. Wir wollen ja gewiß annehmen, daß es solcher Gesellen, wie dieser Kinateder, nicht viele giebt. Es ist aber genug, daß ihre Existenz überhaupt möglich ist, und daß eine kirchlich gesinnte Bevölkerung kein Mittel hat, sich ihrer zu erwehren. Die Verhandlung hat das ganze klerikale Milieu Oberösterreichs und des Innviertels aufgedeckt. Es zeigte sich, daß der Pfaffe sich geradezu wie ein Raubthier auf die Heerde stürzte, die er als geistlicher Hirte hätte führen sollen, und daß seine Lämmchen ihm ganz schutzlos preisgegeben waren. In diesen Gegenden wagt es Niemand, wider einen geweihten Herrn aufzumucken; die kirchliche Autorität steht diesen naiven Menschen so hoch, daß sie selbst in den allermenschlichsten Situationen nicht vergessen, mit wem sie es zu thun haben. Zwar hat das Ordinariat von Linz über den Kinateder wegen seiner Ausschreitungen in Schlierbach einmal sechs Monate Korrektionshaft verhängt, aber was nützt das, wenn man so ein Raubthier immer wieder auf die Hürde losläßt. Zudem ist da noch die Frage, ob solche Arreststrafen, die die Kirche im eigenen Wirkungskreise verhängt, nicht ein schwerer Eingriff in die Hoheitsrechte des Staates sind.

Pater Lukas Kinateder war angeklagt, daß er in seinem Heimathsorte Diendorf, wo er voriges Jahr die Ferien verbrachte, ein vierzehnjähriges Dirndl genothzüchtigt habe. Er leugnete, und es stand daher Aussage gegen Aussage. Da wurde aber sein Vorleben aufgerollt, und es zeigte sich, daß er solcher Handlungen in hohem Grade fähig sei. Pater Kinateder konnte sich nicht einmal auf irgend eine krankhafte Veranlagung ausreden, seine Triebe waren im Gegentheil sehr gesund. Die Bevölkerungsstatistik des Innviertels, um dessen Population er sich ganz bedeutende Verdienste erworben hat, giebt Zeugniß davon. Die Einkommenstatistik allerdings weniger, denn Pater Kinateder hat die löbliche Eigenschaft, sich die Erziehung seiner Kinder nichts kosten zu lassen. Er hat da gar keinen Ehrgeiz und bekennt sich nicht gern zur Vaterschaft, sondern behauptet, daß seine Gunstbezeugungen ganz bedeutungslose Episoden im Liebesleben seiner Opfer waren.

Pater Kinateder's Liebesabenteuer lassen sich in drei Gruppen theilen: 1. Vergewaltigungen, 2. Ehebrüche, 3. Brüche des Keuschheitsgelübes, die keine strafgesetzlichen Folgen haben. Die Anklage hat ihr Indizienmaterial bloß aus der ersten Grüppe geschöpft, und nur solche Handlungen wurden vor den Wiener Geschworenen erörtert. Von den Ehebrüchen war bloß nebenher die Rede.

Die Verhandlung, die Landgerichtsrath Holzinger leitete, nahm folgenden Verlauf:

Der Angeklagte trug einen schwarzen Gehrock und das Kollar. Er that sehr zuversichtlich, verdrehte aber zeitweilig heuchlerisch die Augen und rieb beim Sprechen die Hände. Natürlich leugnete er mit eiserner Stirn und wollte überhaupt gar nichts gethan haben. Höchstens einen ganz, ganz harmlosen Scherz könne er zugeben.

Vors.: Sie werden wohl einsehen, daß sich derlei harmlose Scherze mit fünfzehnjährigen Mädchen für einen Priester überhaupt nicht schicken. — Der Angeklagte schweigt.

Vors.: Sie hatten in Schlierbach mit Frau W., der Gattin eines angesehenen Bürgers, ein ehebrecherisches Verhältniß. — Angekl. (spöttisch: Das soll ein Ehebruch gewesen sein? (Lateinisch sprechend:) Non erat adulterium. Vors.: Sprechen Sie deutsch, die Geschworenen verstehen nicht lateinisch. — Angekl.: Es war kein wirklich vollzogener Ehebruch, sondern nur ein zärtliches Verhältniß.

Vors.: Auch eine andere Frau W. aus Schlierbach sollen Sie vergewaltigt haben. Sie hat auch ein Kind von Ihnen. — Angekl.: Das sagt sie. — Vors.: Außerdem hat eine Müllerstochter aus dieser Gegend ein Kind von Ihnen, dann hatten Sie mit noch einem Mädchen dort Beziehungen, das auch ein Kind bekam, und schließlich ist auch eine Magd in Altenfeld durch Sie Mutter geworden. In fast allen diesen Fällen sollen Sie Gewalt angewendet haben, um zu Ihrem Ziele zu gelangen. — Angeklagter: Das ist nicht wahr.

Vors.: Nach Ihrer Affäre in Diendorf hat bald die ganze Gegend davon gesprochen, Sie aber haben trotzdem noch Messe gelesen. Der einzige Schritt, den Sie dann unternahmen, war, daß Sie die Flucht ergriffen.

Angekl.: Ja, es war aber auch schon Zeit. (Heiterkeit.) — Staatsanwalt: Höchste Zeit! Der Staatsanwalt war eben im Begriff, Sie zu verhaften.

Der Angeklagte sucht nun daraus Vortheil zu ziehen, daß man erst drei Wochen nach der That die Anzeige erstattete. — Vors.: Ich werde Ihnen sagen, warum das so spät geschah. Weil die sehr katholische Bevölkerung sich gescheut hat, gegen einen Geistlichen aufzutreten.

Zuerst wurden die Zeuginnen vernommen, deren Verhältniß zum Angeklagten als Illustration der sexuellen Gewaltnatur des Angeklagten dienen konnte.

Die 26jährige Bauernmagd Aloisia W. aus Altenfeld wurde von Kinateder vergewaltigt und bekam ein Kind, das sie dann selbst erhalten mußte.

Vors.: Haben Sie, als Sie vergewaltigt wurden, um Hülfe gerufen? — Zeugin: I hab' mi net 'z schreien traut, weil er ein Geistlicher ist. Der Hochwürden hat g'sagt: Sein's net so ung'schickt. Es g'schieht Ihnen nix. —

Vors.: Sie kamen dann in die Hoffnung. Was hat denn der Angeklagte da gesagt? — Zeugin: „Loisi," hat er g'sagt, „warum bist d' denn so verweint?" Da hab' i g'sagt: „Hochwürden, i glaub', Sie hab'n mich unglücklich g'macht."

Die nächste Zeugin ist die Dienstgeberin der W. — eine Postexpedientin. Von ihr behauptet der Angeklagte schuftigerweise, daß sie ihn — verführt habe. — Zeugin: „Das ist Lüge und Gehässigkeit; das sagen Sie, weil ich die Anzeige beim Ordinariat gemacht habe. — Der Angeklagte bleibt bei seiner Behauptung. — Zeugin: Das ist eine große Lüge. Bitte, Hochwürden, das nicht zu sagen.

Vors.: Entweder ist das wahr, was Sie behaupten, dann haben Sie schon eine für einen Priester verächtliche Handlung begangen, oder es ist nicht wahr, dann war es doch nur schädlich für Sie, es zu behaupten.

Die nächste Zeugin ist die Kellnerin Therese Sch., die auch ein Kind von Kinateder bekam. — Vors.: Haben Sie sich gewehrt? — Zeugin: Ja, ein bisl. — Das Kind lebt und ist acht Jahre alt. Seit sechs Jahren hat der Angeklagte nichts für das Kind gezahlt.

Die Aussage der Küchenmagd Anna L. vom Altenfelder Pfarrhofe, welche auch ein Kind vom Angeklagten bekam, wird verlesen.

Die Gemeinde Altenfeld hat dem Angeklagten ein auch vom Dechanat gefertigtes Zeugniß ausgestellt, worin es heißt: Er war ein eifriger Kinderfreund, hat jederzeit hilfsbereit Trost im Beichtstuhl gespendet und hat sich so beliebt gemacht, daß bei seinem Abschiede lautes allgemeines Weinen herrschte.

Die Zeugin Marie B. ist die Privatbetheiligte. Ein hübsches blondes Mädchen von 15 Jahren. Sie erzählte die Vorgänge gemäß der Anklage. Als sie sich wehrte, sagte Kinateder: „Geh', sei nit so fad!" In der Voruntersuchung hatte die Zeugin gesagt, daß die Szene „etwa zwei Vaterunser" gewährt habe.

Auf die Frage, warum die Zeugin nicht gleich die Anzeige machte, sagte sie: Die Leut' hab'n g'sagt i soll nix sagen, es kommt sonst a rechte Mett'n heraus.

Nach dem Plaidoyer des Vertheidigers Dr. Pupovac zogen sich die Geschworenen zurück. Nach längerer Berathung bejahten sie die Schuldfrage einstimmig, worauf Pater Kinateder zu drei Jahren schweren Kerkers verurtheilt wurde. Er meldete die Nichtigkeitsbeschwerde an.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Reichstag setzte Dienstag die Weiterberathung des Postetats fort. Und zwar begann die heutige Berathung bei dem Titel „Staatssekretär". Es war vorauszusehen, daß es heftige Erörterungen bei dieser Gelegenheit geben werde: bietet doch kaum ein zweites Reichsamt den gerechtfertigten Ausstellungen der Oppositionsparteien eine breitere Angriffsfläche dar, als jenes, in welchem nach des genialen, aber unsozialen Stephan's Tode der unsoziale, aber nicht geniale Exhusarengeneral v. Podbielski herrscht.

Wuchtig eröffnete den Angriff der Redner unserer Fraktion, Singer. Er brachte ein reiches Material für die Behauptung vor, daß 1. den Beamten, und namentlich den Unterbeamten, die Koalitionsfreiheit einfach genommen worden ist, und 2. die Post sowohl ihre Beamten im Interesse konservativ-antisemitischer, flottenschwärmerischer und sonstiger Agitationen verwandt hat. — Bei der Gelegenheit zeigte sich Herr Graf Ballestrem zur Abwechslung einmal wieder als äußerst feinfühliger Hüter parlamentarischen Anstandes. Der Ausdruck „Erdrosselung" erschien ihm „zu gewaltsam und unter gebildeten Menschen nicht üblich." — Singer ließ sich durch den Knigge-Präsidenten nicht beirren und beendete unter langanhaltendem, lebhaften, nicht nur allein auf die sozialdemokratischen Bänke beschränkten Beifall seine Philippika gegen den Staatssekretär. Nunmehr ergriff dieser das Wort. Seine Rede schien absichtlich darauf zugeschnitten, die Meinung jener zu rechtfertigen, welche in ihm den kommenden „starken Mann" zu sehen glauben. Er sprach mit jener derben Ungezwungenheit, wie sie auf den märkischen Edelhöfen gang und gäbe ist, wo man eine strenge Beobachtung der Regeln der deutschen Grammatik für unwürdig des freien Edelmannes achtet. Die Kraftstellen der Husaren-Rede wurden von einem wiehernden Beifallsgebrüll auf der Rechten begleitet; aber auch die Linke zeigte sich keineswegs undankbar und stattete den Darbietungen auf der bundesräthlichen Plattform durch ein fröhliches Gelächter den wohlverdienten Zoll der Anerkennung ab. Eine in manchen Punkten werthvolle Ergänzung fanden die Ausführungen Singers durch die nunmehr folgende Rede des freisinnigen Abgeordneten Müller-Sagan. Während der Erwiderung des Staatssekretärs auf dieselbe, die sich in den gewohnten Gleisen bewegte und in dem gewohnten frisch-fromm-fröhlich-freien Tone gehalten war, betrat — vom Abgeordnetenhause kommend — Herr von Kröcher den Saal: der Rufer nach dem „starken Mann" machte ein sehr erfreutes Gesicht, als er den „starken Mann" reden hörte. Kröchers Parteigenossen, die Herren Dr. Oertel und Graf Roon, ließen es sich nicht nehmen, in die Saiten zu greifen und das hohe Lied von dem sozialistenüberwindenden, die rechten Mittel findenden Posthusarenheros zu singen; Herr Oertel klagte bei der Gelegenheit gleichzeitig über die Noth der Landwirthschaft — wir erinnern uns nicht, je

Eine neue Judith.

Roman von H. Rider-Haggard.

Autorisirte Uebersetzung a. d. Englischen von Natalie Rümelin.

24. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Holla!" sagte der andre Mann, „da ist ein Sack mit Futter, den wollen wir jedenfalls behalten." Dabei schnitt er den Sack los, daß er zur Erde fiel. „Lassen wir aber die alte Krähe nicht weiterfahren, so müssen wir sie ins Hauptquartier bringen und ich möchte jetzt schlafen." Und er gähnte.

„Ja, laß ihn gehen! Ich glaube, du hast recht; es hieß zwei Wagen auf dem Paß."

John wartete nicht mehr lange, sondern ließ die Peitsche auf den Rücken der Pferde niedersausen und fuhr davon.

Als am andern Morgen Frank Müller — der wußte, daß sich sein Feind auf dem Wege nach Pretoria befand — erfuhr, ein der Beschreibung entsprechendes Fuhrwerk sei durchgelassen worden, gerieth er in einen Gemüthszustand, der sich besser denken als beschreiben läßt.

Die Schildwachen ließ er vor ein Kriegsgericht stellen und für den Rest des Feldzuges zu Befestigungsarbeiten verurtheilen.

Zum Glück für John gelang es ihm, obgleich er fünf Minuten oder länger aufgehalten worden war, den Wagen einzuholen, in dem sich, wie er glaubte, der Bischof befand. Wäre Seine Lordschaft nicht durch das Reißen eines Stranges aufgehalten worden, so hätte sich sein selbsternannter Kaplan in dieser Nacht in den steilen Straßen Heidelbergs wohl kaum mehr zurecht gefunden. Die ganze Stadt war mit Burenwagen und in denselben schlafenden Buren angefüllt. Einmal wurde der Wagen des Bischofs von einer Schildwache angehalten, und als dann auch John angerufen wurde, versuchte er wieder seine geistliche Miene anzunehmen, aber die Schildwache wiederholte nur auf holländisch: „Im Paß heißt es ein Wagen."

Da der Mann kein englisch verstand, ging er an einen andern Wagen, der etwa fünfzig Schritt davon aufgestellt war, um jemand zu rufen, der es konnte.

„Nun, Inkoos", flüsterte Mouti, fahren Sie zu! fahren Sie zu!"

John befolgte den Rath und trieb die Pferde mit seiner langen Peitsche an. Fort ging's in rasendem Galopp, und ehe die Schildwache bemerkte, was sich begab, hatten sie hundert Schritt zurückgelegt. Der Wagen wurde eine Weile lang mit Schüssen verfolgt; aber bald verschwand er in der Dunkelheit.

John und Mouti sparten die Peitsche nicht und jagten die steinigen Hügel auf der nach Pretoria hin gelegenen Seite Heidelbergs ohne anzuhalten hinauf. Allein sie konnten den Wagen vor ihnen, der offenbar frischere Pferde hatte, nicht einholen. Gegen Mitternacht ging auch noch der Mond unter und es wurde so dunkel, daß Mouti absteigen und die erschöpften Pferde am Zügel führen mußte; ab und zu brach auch eins der armen Thiere zusammen und mußte grausam gepeitscht werden, ehe es sich wieder erhob. Einmal wurde der Wagen beinahe umgeworfen, und ein andermal war er nahezu in Gefahr in einen Abgrund hinabgeschleudert zu werden.

So ging es fort bis zwei Uhr Morgens, wo John einsah, daß er die erschöpften Thiere keinen Schritt mehr vorwärts bringen könne.

Da sie glücklicherweise, fünfzehn Meilen von Heidelberg entfernt, auf etwas Wasser gestoßen waren, machte er Halt und ließ die Pferde tränken und füttern. Eins legte sich sofort hin, ohne etwas zu berühren, das andere fraß liegend und nur zwei fraßen befriedigend. Dann wurde der Tagesanbruch trübselig erwartet. Mouti schlief ein wenig, aber John wagte dies nicht. Er aß nur einige Bissen „Biltong" (getrocknetes Wild) und Brod, und trank etwas Branntwein mit Wasser vermischt; dann setzte er sich, die Büchse zwischen den Knieen, in den Wagen und erwartete das Tagesgrauen. Endlich kam es und legte sich verheißungsvoll über den östlichen Horizont; er fütterte die Pferde noch einmal. Nun ergab sich eine neue Schwierigkeit; das Pferd, das nicht fressen wollte, war offenbar zu schwach zum Ziehen; so mußte das Geschirr verändert und die drei gesunden Pferde neben einander und das kranke Thier hinter den Wagen gespannt werden.

Gegen elf Uhr kamen sie an ein zwanzig Meilen von Pretoria an der Straße gelegenes Gasthaus. Es war leer; nur ein paar Katzen und ein Hund waren darin. Offenbar hatten sich die Bewohner vor den Buren geflüchtet. Hier stellte John ein, fütterte die Pferde mit seinem letzten Futtervorrath und machte sich dann wieder auf. Der Weg war entsetzlich, und er wußte, daß die ganze Gegend voll feindlicher Buren sein mußte, aber glücklicher Weise traf er mit keinem zusammen.

Vier Stunden brauchte er, um die zwanzig Meilen zurückzulegen, doch erst als er den „Poort" oder „Nek" (Paß) erreicht hatte, der nach Pretoria hinabführt, stieß er auf die Spur der Buren und entdeckte zwei berittene Männer, die auf der Spitze eines jäh abfallenden, steinigen Berges etwa sechshundert Schritt von ihm entfernt, dahinritten. Zuerst sah es aus, als wollten sie den Berg hinabreiten, doch plötzlich besannen sie sich anders und stiegen ab.

Während er sich noch überlegte, was sie wohl vorhaben könnten, sah er, wie sich erst ein und dann noch ein weißes Rauchwölkchen über der Stelle erhob, an der sich die beiden Buren befanden; darauf folgte das nicht mißzuverkennende Pfeifen einer Kugel, die, wie es ihm schien, über seinem Kopf vorbeiflog, während eine zweite sich unter dem Bauch des vordersten Pferdes in die Erde einbohrte und eine Staubwolke aufwirbelte; die Buren schossen auf ihn.

Er wollte ihren Schießübungen nicht länger als Ziel

eine Rede dieses wohlgerundeten Sachsen, sei es über welches Thema, gehört zu haben, in der diese Klage gefehlt habe — während Graf Roon seinen bei der Berathung der „Umsturzvorlage" wohlerworbenen Ruhm erneuerte, zu den unfreiwilligen Erheiterern des Hauses zu zählen. Herr Bassermann suchte sich zwischen dem Staatssekretär und den Unterbeamten durchzuwinden; der Abg. Werner sprach für die Postassistenten, deren Gunst sich die Antisemiten zu erwerben suchen; Abg. Jazdzewsky entfesselte eine kurze Polendebatte. Gegen Schluß der Sitzung ergriffen noch einmal die Abgg. Singer und Müller das Wort: der erste widerlegte mit leichter Mühe und gutem Humor die angebliche „Widerlegung" seiner Ausführungen durch den Staatssekretär; der zweite wies unter großer Heiterkeit des Hauses eine geistreich sein sollende Podbielski'sche Anzapfung zurück. — Gegen 5¾ Uhr wurde die Weiterberathung des Postetats auf Mittwoch vertagt.

Die Agrardebatte, die im preußischen Abgeordnetenhause munter fortgesetzt wird, bot Montag insofern etwas Abwechselung dar, als die Linke, die sich in den letzten Tagen auf die Defensive beschränkte, mit einem freisinnigen Antrage zur Offensive übergangen war, laut welchem die Regierung die Geschäftsberichte der Kornhäuser veröffentlichen soll. Diese Kornhäuser haben sich allgemach zu ländlichen Konsumvereinen größeren Stiles entwickelt, welche anstatt mit Korn auch mit allen möglichen anderen schönen Sachen, als da sind Sämereien, Butter, Dungmitteln einen schwunghaften Handel treiben. Der freisinnige Abgeordnete Krüger, Anwalt der Schulze-Delitzsch'en Genossenschaften, begründete den Antrag, den die Agrarier natürlich bekämpften, während sich Minister v. Hammerstein hinter die Behauptung zurückzog, die Regierung habe gar kein Recht, die Geschäftsberichte der privaten Kornhausgenossenschaften zu veröffentlichen. Darauf entgegneten mit Recht die Redner der Linken, Krüger von der freisinnigen Volkspartei und Gothein von der freisinnigen Vereinigung, daß alle sonstigen Genossenschaften, Aktiengesellschaften 2c. eine Ehre darin setzen, ihre Berichte zu veröffentlichen und daß außerdem Anstalten, die vom Staate mit Millionen Mark subventionirt werden, doch kaum als private angesehen werden können. Resultat der Erörterung war wie vorauszusehen, Ablehnung des Antrags gegen die Stimmen der Freisinnigen und einiger versprengter weißer Raben aus den Reihen der Linksnationalliberalen.

Mit den polnisch-russischen Arbeitern machen unsere Ostelbier immer schlechtere Erfahrungen. Die Arbeitsnachweisstelle der Königsberger Landwirthschaftskammer, die im abgelaufenen Jahre 1400 polnische Arbeiter „geliefert" hat, macht darüber einige Mittheilungen. Rührend ist das Eingeständniß, daß der russisch-polnische Arbeiter im allgemeinen weniger tüchtig ist, als der ostpreußische, daher möge jeder Arbeitgeber von vornherein an die Polen geringere Anforderungen stellen, als an heimische Arbeiter. Es kommen natürlich die tüchtigsten russischen Arbeiter gar nicht herüber, weil sie zu besseren als ostelbischen Bedingungen in Rußland selbst Arbeit finden. Die recht zweifelhaften Elemente, die sich an der Grenze anwerben lassen, müssen auf Treu und Glauben angenommen werden. Die Leute schon im Februar und März in Rußland selbst anwerben zu lassen, ist nicht zweckmäßig, weil die angeworbenen Polen sich nicht an die abgeschlossenen Verträge halten, sondern sich anderweitig verpflichten, wenn es ihnen vortheilhaft erscheint. Die russische Regierung gestattet nicht, daß die Arbeiter durch Agenten zum Annehmen von Stellen veranlaßt werden, weil sich auch in Rußland selbst im Sommer schon Mangel an Arbeitern bemerkbar macht. Agenten, die trotzdem Leute anwerben, wird der Paß entzogen. Außerdem stellt die russische Regierung den Arbeitern Pässe auf längere Zeit erst vom 15. April an aus, und nach dem 15. Juni ist überhaupt kein Arbeiter mehr zu bekommen. Schließlich droht immer ein Auswanderungsverbot der russischen Regierung. Sind die ausländischen Arbeiter schwer zu beschaffen, so sind sie noch schwerer zu behalten. Was ihren Werth für die notbleidenden Junker ausmacht, ihre Anspruchslosigkeit und ihr Sklavensinn, schwindet immer mehr. Die Forderungen der Arbeiter in Bezug auf Verpflegung und Löhne sind im Steigen begriffen. Es ist häufig vorgekommen, daß die Arbeiter an den Arbeitgeber mit der Forderung herantraten, ihnen den Lohn zu erhöhen, weil ihnen das versprochen sei. Die Unteragenten haben zwar auf bei ihnen angestellte Nachfrage erklärt, daß sie den Leuten keine besonderen Versprechungen gemacht haben, und die Arbeitsnachweisstelle der Landwirthschaftskammer glaubt ihnen das. Wir sind nicht so leichtgläubig, häufig sind die Polen dadurch gewonnen, daß man ihnen Versprechungen gemacht hat, zu denen die Arbeitgeber sich nicht verpflichtet hatten. Es ist natürlich, wenn sie auf ihrer Forderung bestehen und davonlaufen, wenn man ihnen nicht giebt, was sie fordern. Ein Einschreiten gegen kontraktbrüchige Polen lohnt sich nicht, weil man sie meist nicht finden kann, und weil sie, wenn sie wirklich zur Arbeitsstelle zurückgeführt werden, doch nach einigen Tagen wieder davonlaufen. Man hat versucht, mit den Polen eine möglichst hohe Kautionsstellung zu vereinbaren, damit sie vom Weglaufen abgehalten werden und der Arbeitgeber vor Verlegenheiten bewahrt bleibe. Die Polen sind aber nicht mehr so dumm, sich den Gutsbesitzern auf Gnade und Ungnade zu überliefern, sondern verstehen sich nur dazu, daß man ihnen so viel Lohn zurückbehält, als durch ihre Besorgung Kosten entstehen. Die Agenten sind in keinem Falle zu bewegen, Garantie für das Bleiben der Arbeiter zu leisten. Was nun? Vielleicht kommen die Agrarier doch zu der Erkenntniß, daß es für sie selbst besser sei, die einheimischen Arbeiter durch anständige Löhne und anständige Behandlung von der Landflucht abzuhalten. Aber freilich, es ist noch immer vergeblich gewesen, an die Einsicht der Herrschenden zu appelliren.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Wegen Maßregelung mehrerer Kollegen sind die Former der Firma Castan in Chemnitz in Streik getreten. — Der Textilarbeiter-Streik bei der Firma Läderich u. Co. in Mülhausen i. E. ist beendet, und zwar zu Ungunsten der Arbeiter. Die Hungerpeitsche hat die um bessere Lebensbedingungen kämpfenden Proletarier also wieder einmal zur Unterwerfung gezwungen. — Zur Lohnbewegung der Einsetzer (Tischler) in Berlin wird berichtet, daß bis jetzt 102 Meister mit 500 Gesellen den Lohntarif bewilligt haben und Aussicht vorhanden ist, daß bis Ende dieser Woche, abgesehen von einzelnen Plänkeleien, der Streik beendet sein dürfte. — Die Vergolder der Firma F. Baake in Brandenburg a. H. haben die Arbeit eingestellt. Es handelt sich um die Abwehr empfindlicher Lohnreduktionen. — Die Unternehmer der Ausstellungsbauten in Paris genehmigten den Zimmerleuten, welche in gefährlicher Höhe arbeiten, eine Stundenzulage von 10 Centimes. Die Streikenden nahmen daraufhin sofort die Arbeit wieder auf.

Die Brauereiarbeiter Berlins waren am letzten Sonntag versammelt, um gegen die fortwährende Verschlechterung der Arbeitsbedingungen im Berliner Brauergewerbe Stellung zu nehmen. Vor Allem wurde Herabsetzung der Löhne (bis auf 15 Mk. pro Woche!), Vermehrung der Ueberstunden und das Fehlen jeglicher Waschgelegenheit in verschiedenen Betrieben gerügt. Durch maschinelle Einrichtungen und in Folge Einstellung von Hülfskräften an Stelle gelernter Arbeiter soll die Zahl der Brauer in den letzten Jahren von 1100 auf 800 zurückgegangen sein. Die Versammlung beschloß einstimmig eine Resolution, in der es unter Anderem heißt: „In Erwägung, daß der Lohn seit zehn Jahren nicht gestiegen ist, Miethen und Lebensmittelpreise dagegen sehr gewachsen sind, und in fernerer Ewägung, daß die Vermehrung des Personals in den Brauereien mit der Verdoppelung der Produktion nicht gleichen Schritt gehalten hat, wird die Fünferkommission beauftragt, folgende Forderungen an die Brauereien zu richten: 1) Die Sonntagsarbeit soll auf absolut nothwendige Arbeiten im Gähr- und Lagerkeller beschränkt bleiben. 2) Die tägliche Arbeitszeit beträgt 9 Stunden, wöchentlich 54 Stunden, für Darrheizer 8 Stunden, wöchentlich 48 Stunden. Die Arbeitszeit darf bei einfachen Kolonnen nicht über 12, bei doppelten Kolonnen nicht über 11 Stunden täglich ausgedehnt werden. 3) Der Lohn beträgt 33 Mark pro Woche. Ueberstunden sind mit 65, Sonntags mit 75 Pfennig zu bezahlen. Lohnzahlung soll Freitags erfolgen. 4) Die Brauereien haben für geeignete Ankleideräume, Wasch- und Badeeinrichtung Sorge zu tragen.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Das Eisenbahnunglück auf der Berliner Ringbahnstation Schönhauser Allee, über das wir berichtet haben, hat ein weiteres Opfer gefordert. Der Lokomotivführer, der durch Abbrechen des Wasserstandrohres und den infolge dessen entströmenden Dampf schwer verbrüht worden war, ist Sonntag Morgen gegen 9 Uhr nach äußerst qualvollen Leiden seinen schweren Verletzungen erlegen. — Ein merkwürdiger Fund wurde in der kgl. Forst Alt-Lietzegöricke in der Mark ans Tageslicht gefördert. In einer Eiche, die über 400 Jahre alt sein dürfte, und deren Stamm bis zu den Zweigen drei Meter lang und von unten herauf ganz gesund ist, fand man beim Fällen in der hohlen Krone einen zur Mumie gewordenen Fuchs. Das Thier wurde in schlafender, runder Lage mit gewundener Ruthe gefunden. Man nimmt an, daß Reinicke mehr denn hundert Jahre auf dieser Eiche geruht hat. Der Gerbstoff der Eiche hat jedenfalls dazu beigetragen, den Kadaver gegen Verwesung zu schützen. — Das Landgericht in Dessau verurtheilte den Banquier Herzberg aus Koethen wegen Beleidigung des Staatsministers Dr. v. Koseritz, begangen in einer Brochure anläßlich der Entziehung des Kommerzienrathstitels, zu 300 Mk. Geldstrafe. Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnißstrafe von 2½ Monat. — Der Heine-Brunnen in New-York wurde nach dem „Berl. Tagebl." Montag früh von ruchloser Hand verstümmelt. Zwei Nixen wurden die Köpfe und Arme abgeschlagen und das Denkmal auch sonst beschädigt. Ein Polizeibeamter sah den Vandalen, der leider entkam.

Ein großer Gelddiebstahl ist Montag am Schalter der Bank des Berliner Kassenvereins, Oberwallstraße 3, verübt worden. Die Inhaber des Bankgeschäfts von Dienstbach u. Moebius schickten einen Lehrling hinüber, der 75 000 Mk. in Schecks und Papiergeld einzahlen sollte. Da der Andrang an den Schaltern groß war, zählte der Lehrling die Summe noch einmal durch. Es waren 8 Eintausend- und 3 Einhundertmarkscheine, das übrige Schecks. Der junge Mann häufte die verschiedenen Stücke aufeinander und wandte sich darauf seitwärts nach den Einlieferungsscheinen, die etwa einen Schritt vom Schalter entfernt hängen. Er riß einen Schein ab, füllte ihn aus und reichte ihm mit dem Gelde den Kassirer. Dieser stellte fest, daß 8300 Mark an der einzuzahlenden Summe fehlten, die Tausend- und Hundertmarkscheine. Erst jetzt fiel es dem Lehrling ein, daß der Haufen, als er ihn aufnahm, nicht mehr so gelegen hatte, wie vorher. Er hatte das gleich gesehen, aber gedacht, er sei von selbst auseinandergefallen. Der Dieb hatte, ohne daß es aufgefallen war, den Augenblick, den der Lehrling zum Abreißen des Einlieferungsscheines sich abwandte, benutzt, die Scheine an sich zu nehmen. Wie die Vernehmungen der übrigen Anwesenden ergaben, hatte er sich dann auf die Ruhebank gesetzt und war nach kurzer Zeit unbehelligt abgezogen. Es war das ein 30—40 Jahre alter Mann, der bisher auf der Bank des Kassenvereins noch nicht gesehen wurde, den man aber für einen neuen Kassenboten gehalten hatte. Vielleicht ist es dieselbe Persönlichkeit, die kürzlich einem Kassenboten in der Reichsbank 10 000 Mark gestohlen hat.

Heiteres. Ein blutiger Scherz. Telegramm der Engländer am 25. d.: „Warren auf dem Spionskop". Telegramm der Engländer am 26. d.: „Warren auf dem Spionskop."

---

dienen, ließ die Pferde einen Galopp einschlagen und brachte den Wagen glücklich um eine Felsenecke, ehe sie wieder laden konnten. Von da an sah er nichts mehr von ihnen.

Endlich langte er am Ende des Passes an und sah jetzt die hübscheste der südafrikanischen Städte mit ihren rothen und weißen Häusern und blühenden Rosenhecken vor sich in der Ebene liegen, vom goldnen Licht der Mittagssonne beleuchtet, für welchen Anblick er Gott herzlich dankte. Er wußte, daß er nun in Sicherheit war, und ließ seine Pferde langsam den Hügel hinab und über die kleine Ebene hinlaufen, die sich zwischen diesem und der Stadt ausdehnte. Zu seiner Linken lag das Gefängniß und die Baracken. Hunderte von Wagen und Zelten hatten sich darum gruppirt, und auf diese fuhr er zu. Offenbar war die Stadt verlassen, und ihre Bewohner hatten sich in dies Lager begeben. Als er sich auf etwa eine halbe Meile genähert hatte, kam eine Abtheilung berittener Männer auf ihn zu, denen eine Menge Menschen theils zu Fuß, theils zu Pferde folgte.

„Wer da?" rief eine Stimme in unverfälschtem Englisch.

„Ein Freund, der sich ausnehmend freut, Euch zu sehen," antwortete er mit einem leichten Versuch zu scherzen, wie man wohl gerne thut, wenn man sich von einem schweren Druck befreit fühlt.

Sechzehntes Kapitel.

Pretoria.

Auch schon vor dem Ausbruch der Feindseligkeiten hatte Jeß keine sehr glückliche Zeit in Pretoria gehabt. Die meisten Menschen, die mit einer großen moralischen Anstrengung und nach schweren inneren Kämpfen den rauhen Pfad der Selbstaufopferung betreten, müssen den Rückschlag empfinden, der so sicher darauf folgt wie die Nacht auf den Tag. Ein andres ist es, dem Licht im vollen Glanz der niedergehenden Strahlen unsrer alles beherrschenden Freude zu entsagen und unser Lebewohl hinauszuschreien, ein andres ist es, in der Nacht zu leben. Für eine Weile vermag uns wohl die Erinnerung aufrecht zu erhalten, aber die Erinnerung verblaßt. Ringsum sind wir wie von einem schweren Leichentuch, von der Stille umgeben, durch die kein Laut mehr zu uns dringt. Wir sind allein, ganz allein, ohne zu sehen und gesehen zu werden, vom Tageslicht ausgeschlossen. Die natürliche Nacht kommt für alle und verschlingt in ihrem unaufhaltsamen Lauf Hoffnung und Furcht für immer und ewig. In diese Nacht können wir uns leichter finden, denn wir erkennen in ihr das allgemeine Geschick und beugen uns unter der alles auslöschenden Hand. Die Erde leidet nicht, wenn das Tageslicht von ihr scheidet — sie schläft nur ein.

Aber Jeß hatte sich selbst lebendig begraben, und sie wußte es. Es lag keine zwingende Nothwendigkeit vor, ihre Liebe der ihrer Schwester zu opfern: sie hatte es aus eignem freien Willen gethan und es manchmal, sehr natürlicherweise bitter bereut. Selbstverleugnung ist ein Engel von strengem Angesicht. Hält man ihn aber fest und ringt lange mit ihm, so wird er milde Worte in beglückendem Ton zu uns sprechen, wie die Sterne aufgehen in der Nacht, wenn wir lange genug auf sie gewartet haben. Doch dies ist eins der Geheimnisse der Zeit, die sie uns nur enthüllt, wenn ihr der rechte Augenblick gekommen scheint, und für Jeß schien er ihr noch nicht gekommen. Aeußerlich ließ das junge Mädchen kein Zeichen ihrer Verzweiflung und der Leidenschaft sichtbar werden, die sie innerlich verzehrten. Freilich war sie bleich und traurig, aber sie war stets durch ihre Blässe und Schweigsamkeit aufgefallen. Nur das Singen hatte sie aufgegeben.

Und so schlich Woche um Woche dem armen Mädchen traurig dahin, das that, was alle andern Leute in Pretoria auch thaten: essen, trinken, reiten und in Gesellschaft gehen, bis sie schließlich wieder ans Heimgehen dachte, um ihren Gastfreunden nicht am Ende noch zur Last zu fallen. Und doch bebte sie im Gedanken an ihr tägliches Gebet, „und führe uns nicht in Versuchung," vor der Heimkehr zurück. Ueber das, was in Mooifontein vorging, befand sie sich beinahe in gänzlicher Unwissenheit. Ihr Onkel hatte ihr ein- oder zweimal geschrieben, Bessie schrieb öfter; auch waren die Briefe der letzteren voll von Anspielungen auf das, was Kapitän Niel that, aber dies war auch alles. Und gerade diese Zurückhaltung sagte ihrer beobachtenden Schwester mehr als Worte. Warum war sie so zurückhaltend? Ohne Zweifel, weil noch alles in der Schwebe war. Und dann kam der Gedanke, von welcher Bedeutung dies für sie sei, und ab und zu überließ sie sich einem Ausbruch der Verzweiflung, der für jeden Beobachter ein schmerzlicher Anblick gewesen wäre.

So verging die Zeit bis Weihnachten, denn Jeß hatte, auf herzliches Drängen hin, versprochen, noch über Weihnachten zu bleiben und erst zu Neujahr auf die Farm zurückzukehren. Man hatte in der Stadt viel über die Buren gesprochen, aber sie war zu sehr mit ihren eignen Angelegenheiten beschäftigt, um weiter darauf zu achten. Auch war die öffentliche Meinung nicht sonderlich erregt darüber; man war in Pretoria zu sehr an die Schreckschüsse der Buren gewöhnt, die sich schließlich immer als leerer Dunst erwiesen hatten. Da kam plötzlich, am Morgen des 18. Dezember, die Nachricht von der Proklamation der Republik; die Stadt gerieth in Gährung, man sprach davon, ein Lager zu beziehen, und so angstvoll Jeß auch wünschte, fortzukommen, so konnte sie doch nicht hoffen, auf die Farm zurückzukehren, ehe sich die Aufregung gelegt hatte. Dann kam einen oder zwei Tage später Oberst Egerton matt und kraftlos, die Fahne des 94. Regiments fest um den Leib gebunden, nach Pretoria zurück und schilderte die Niederlage bei Bronkers Spruit, daß Jeß Hören und Sehen verging, während sie seinem Berichte lauschte.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verleger: Theod. Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.